Netzwerk Friedenssteuer, Eduard-Schmid-Str. 26, 81541 München, Tel: 089 - 7259416

KEIN GELD FÜR KRIEG

Friedenssteuer NACHRICHTEN

Nr. 39, Mai 2008

Es ist Krieg, und Deutschland geht hin

Deutschland führt Krieg in Afghanistan. Das darf man jetzt laut sagen; endlich ist es raus. Die Bundesregierung lässt ab 1. Juli eine ‚Schnelle Eingreiftruppe' im Norden Afghanistans bilden, die der NATO auch zu offensiven Kampfeinsätzen zur Verfügung steht. Nur im Norden – vorläufig. Was ist bloß so eine kleine Truppe? Peanuts, gut für Deutschlands Public Relations; denn George W. Bush hat kurz nach Bekannt werden dieses Regierungsbeschlusses seinen Wunsch nach *Mehr* öffentlich zurückgenommen - vorläufig. Was kann schöner sein als Töten & Sterben für politische Public Relations? Dumm nur, dass direkte Kampfeinsätze am Parlament vorbei geführt würden; da stürbe man nur für einen kleinen Teil des Vaterlandes. Für den Falschen noch dazu.

BETEN IN DER „GOTTESBURG": Im „Andachtsraum" des Feldlagers der Bundeswehr in Kunduz im Nordosten von Afghanistan treffen sich die Soldaten zum Gottesdienst.

Glücklicherweise lässt sich der Staat die Seelsorge für die Soldaten etwas kosten, s. Kasten. Also: Fast 1 Promille des Verteidigungshaushalts *allein* für die seelische Gesundheit der *Kriegs*fachkräfte und genauso viel für *alle* Kosten der *Friedens*fachkräfte insgesamt. Der klägliche Rest von über 998 Promille geht für das leidige Hauptgeschäft drauf. Aber 25 Mio. für die Seelsorge werden nach direkten Kampfeinsätzen bald nicht mehr ausreichen, so dass es nun einen Vorschlag für ein Hilfsprogramm aus der Zivilbevölkerung gibt, s. ‚Gladiator' auf Seite 19.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 8. Mai d.J., dass es keinen Auslandseinsatz am Bundestag vorbei geben darf, sollte nun eigentlich dazu führen, dass dieser Vorstoß zurückgenommen wird. Sprechen wir unsere Abgeordneten darauf an! Lobbyarbeit tut immer noch und immer wieder Not. Das sieht auch die *Koordination für den Frieden* so. Am 18. Januar fand in Aachen ihre alljährliche Strategiekonferenz statt. ‚Afghanistan' hieß das einzige Thema. Michael Held berichtet auf S. 5 über die Aktionsformen, auf die man sich dort geeinigt hat. Am 7./8. Juni folgt jetzt ein „Afghanistan-Kongress" als Folge – man bemüht sich sehr um richtige Informationen aus dem Land, die nicht leicht zu haben sind, und um Einflussmöglichkeiten auf die Politiker.

Die Nachricht, dass im Juli die erste aktive Kampftruppe in Afghanistan bereit stehen soll, brachte die *Kooperation für den Frieden* dazu, an die betroffenen SoldatInnen einen Aufruf zur Verweigerung zu richten, s. S. 6.

Angesichts des Krieges ist die Frage interessant, was die Friedensdenkschrift der Ev. Kirche von Oktober 2007 zu Kriegführung sagt, welche wichtige Reaktionen es darauf gab und wie die ev. Militärgeistliche in diesem Lichte gesehen diskutierten. Den Raum, den wir dieser Denkschrift eingeräumt haben, gibt an, wie zählebig unsere Forderung an die Kirche ist – mit Verständnis für diejenigen, welche diesbezüglich die Hoffnung verloren haben, s. S. 4 „Des Pudels Kern".

Im September zieht es uns nach Manchester/GB zur 12. Internationalen Konferenz, s. Beilage.

Um mit etwas Aufmunterndem zu beginnen, berichten Ute und Robert Antoch auf S. 3 von der Jubiläumsfeier.

Gertie Brammer, Karwitz-Lenzen

Die Militärseelsorge

275.000 Soldaten insgesamt,
davon 32 % evangelisch
26 % katholisch
42 % konfessionslos

104 evangelische Militärgeistliche (davon 9 Frauen)
81 katholische Militärgeistliche

Der deutsche Staat gibt pro Jahr etwa 25 Millionen Euro für die Militärseelsorge aus.

Wer wir sind und was wir wollen

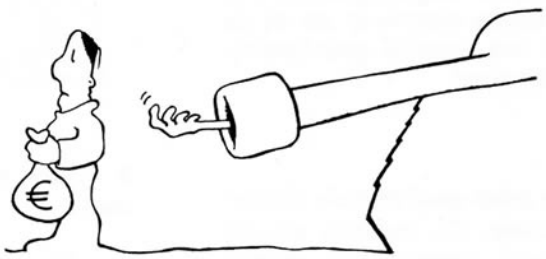
Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen, so wie Wehrdienstpflichtige wählen dürfen zwischen Kriegsdienst und Zivildienst. Und wir wollen die Garantie bekommen, dass unsere Steuern nur für zivile Zwecke verwendet werden. Unsere zentrale Erklärung lautet:

„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen."

Wir haben ein Konzept für ein Zivilsteuergesetz. Wir werden auch eine Gesetzestext-Vorlage für den Bundestag formulieren.
Wir machen Lobbyarbeit und sammeln Unterschriften zur Unterstützung unserer Forderung.
Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen so lange Militärsteuer-Verweigerungprozesse, bis wir eine gesetzliche Regelung erreicht haben.

Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO namens CPTI / *Conscience and Peace Tax International* mit Sitz in Leuven/Belgien hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in New York und in Genf.
Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen.
Für die Öffentlichkeitsarbeit sind Spenden sehr willkommen.

Die moderne Form der Kriegsdienstverweigerung ist die Militärsteuerverweigerung



Wichtige Termine:

05. – 07. 09. 2008	12. Internationale Konferenz in Manchester/GB
17. – 19. 10. 2008	Herbsttreffen (Arbeitstreffen) in Weimar
13. – 15. 03. 2009	Frühlingstagung (Jahrestagung) in München

Inhaltsübersicht: Seite

Jubiläumsfeier	3
Jubiläumspost	4
Kampagnenbericht	4
Afghanistan	5
Berichte vom Jahrestreffen und aus den Arbeitsgruppen	7
Internationales	10
Abschied von John Randall	11
Friedensdenkschrift der EKD	12
Gladiator	19
Kontaktadressenliste	20

Beilage
- Einladung zur 12. Int. Konferenz
- Jubiläumsfaltblatt

Impressum
Die *Friedenssteuer Nachrichten* werden herausgegeben vom *Netzwerk Friedenssteuer e.V.*, (s. unten).
V.i.S.d.P.: Friedrich Heilmann
Verantw. Redakteurin: Gertie Brammer
Die *FN* erscheinen zweimal im Jahr.
Auflage: 350 St.
Redaktionsschluss der nächsten *FN*:
10. November 2008.
Kontaktadressenliste auf Seite 20

Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Eduard-Schmid-Str. 26
81541 München
Tel/Fax 089 - 7259416

info@netzwerk-friedenssteuer.de
www.netzwerk-friedenssteuer.de

Spenden: Kto.Nr. 70 016 016 00
BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

25 Jahre Netzwerk Friedenssteuer – die Feier in Rotenburg

Jubiläums- und Jahrestagung 2008

Vom 29. Februar bis zum 2. März 2008 fand im Haus der Begegnung in Rotenburg an der Fulda unser diesjähriges Frühlingstreffen statt, an dem wir unser Jubiläum **25 Jahre Netzwerk Friedenssteuer** gefeiert haben. Über 20 Mitglieder und mehr als 10 Gäste haben sich zu dieser Gelegenheit bei stürmischem nasskaltem Wetter auf den Weg gemacht um mitzufeiern.

Ein Höhepunkt unseres Treffens war der Liederabend, den Gerhard Schöne für und mit uns in der Martin-Luther-Kirche in Rotenburg gegeben hat. Viele von euch werden die Kinderlieder, das eine oder andere politische Chanson (z. T. noch aus DDR-Zeiten) und vielleicht sogar das Lied von dem „Seltsamen Heiligen", einem uns allen wohlbekannten Apotheker, kennen, das der Liedersänger unter dem Titel ‚**Kein Geld dem Militär'** mit viel Herz vorgetragen hat. Und im Anschluss daran erhielt der so besungene Günther Lott Gelegenheit, sein und unser Friedenssteuer-Anliegen in bewegenden Worten den reichlich zum Konzert erschienenen Rotenburger BürgerInnen zu erläutern; für manche von ihnen dürfte es das erste Mal gewesen sein, sich eingehender über die Thematik zu informieren und sich mit ihr auseinanderzusetzen.

Ein anderer Gast in einer der Sitzungen am nächsten Tag war der Diakon Martin Güttner aus Hamm, der für die Gruppe *Ordensleute für den Frieden* unter dem Motto ‚Kapitalismus bekämpfen – die Macht des Geldes durchkreuzen' schon viele Aufsehen erregende Aktionen durchgeführt hat.

Auch Otmar Steinbicker, der Vorstandsvorsitzende des *Aachener Friedenspreis e.V.,* war unserer Einladung gefolgt und gab uns einen detaillierten Einblick in den Aachener Friedenspreis, dessen Geschichte und das Vorgehen bei der Auswahl der KandidatInnen und der Vergabe des Preises.

Natürlich war ein halber Arbeitstag auch der vergangenen und kommenden Netzwerk-Arbeit gewidmet. In deren Mittelpunkt stand eine Powerpoint-Präsentation zum überarbeiteten Entwurf einer Verfassungsbeschwerde, vorgestellt von Sepp Rottmayr. Der Entwurf wurde ausführlich diskutiert.

Bei Wein und bayrischen Schmankerln saßen wir abends in der Kellerbar der Begegnungsstätte noch gemütlich beisammen und konnten das eine oder andere Gespräch vertiefen.

So erlebten wir eine inhaltsreiche, vielfältig angeregte und anregende Jubiläumstagung in der sich die TeilnehmerInnen sehr gut geleitet fühlten. Unterschiedlichste Formen und Anregungen zur Kommunikation ermöglichten uns, unseren derzeitigen Standpunkt im Netzwerk und die weitere Arbeit darin für jeden einzelnen miteinander zu beleuchten.

Sandy Dauenhauer und Gerhard Schöne im Duett

So möchten wir allen Verantwortlichen von Herzen für die recht aufopferungsvolle Vorbereitungsarbeit Dankeschön sagen: Alle, mit denen wir gesprochen haben, waren von dem Ablauf und der guten Stimmung während dieses gelungenen Jubiläumstreffens begeistert.

Ute & Robert Antoch, Düsseldorf

Anlässlich unseres Jubiläums hatten wir um kurze Texte von Friedenssteuerleuten zu ihrem Interesse an unserem Thema gebeten. Hier folgen zwei (sie ersetzen diesmal die ‚Spinner'-Kolumne):

Neues Bewusstsein

Hallo,

ich bekam das Faltblatt der Münchener Gruppe in die Hände. „Das ist ein wichtiges Thema. Da ist mir etliches noch nicht bewusst. Da könnten interessante Leute dabei sein." Ungefähr solche Gedanken und ein Telefonat waren die Folgen. Beim für mich ersten Treffen bestätigten sich meine Gedanken.

Beste Grüße, *Bernhard Völk, Augsburg*

Des Pudels Kern

Schon lange waren mir Krieg und Militär verhasst, eigentlich von Kindesbeinen an, aber in den 80-er Jahren habe ich gelesen, dass die Menschen inzwischen so viel Atombomben angehäuft haben, dass sie zwanzigmal (zwanzigmal!) das Leben auf unserem Planeten austilgen können. Die Horrorszenarien wurden vorsichtig (vorsichtig!) in Augenschein genommen. An dieser Situation hat sich auch nach dem Ende des Kalten Krieges nichts geändert!

Durch Kontakte mit Friedensgruppen in den 80-er Jahren im Raum der DDR fand ich Kontakt zum Versöhnungsbund und war überrascht, dass es eine solche Vereinigung bereits gab. Diese Leute haben einen eindeutigen Standpunkt, mit dem ich mich identifizieren kann. Und über diesen Versöhnungsbund bin ich auf das Netzwerk Friedenssteuer gestoßen. Hier wird endlich auf ‚des Pudels Kern' hingewiesen, dass nämlich Krieg nicht möglich ist, wenn er nicht bezahlt werden kann. So einfach! Damit ergibt sich, dass wir alle - also die gesamte Bevölkerung - am Krieg aktiv beteiligt sind: nämlich durch die Steuern. Das ist dummerweise den meisten Menschen nicht bewusst. Aber die Frage der Bezahlung des Krieges ist eine zentrale Frage. Sie wird letztlich zur Gewissensfrage für jeden einzelnen. Wenn diese Frage nur erst mal bewusst würde! Was bin ich froh, im Netzwerk Friedenssteuer Menschen gefunden zu haben, die genau dieser Frage nachgehen! Ich habe gestaunt, mit welcher Akribie und mit welcher Ausdauer dort gearbeitet wird.

Von Kindesbeinen an hatte ich eigentlich auf ‚Kirche' gesetzt. Sie war für mich die ‚Heilsbringerin'. Unser Kirchenhistoriker sagte oft spaßeshalber, Dummheit sei das achte Sakrament, durch das die meisten Menschen in den Himmel kommen. Die Dummheit einer Militärseelsorge hatte er dabei sicher nicht gemeint. Bezüglich solcher Pastoral der Kirchen habe ich ein Jesuswort im Ohr: „Wehe euch Gesetzeslehrern, ihr habt den Schlüssel der Erkenntnis weggenommen! Ihr selbst seid nicht eingetreten und habt andere am Eintreten gehindert" (Lk 11,52). Das finde ich nicht mehr dumm, es ist eine sehr böse Situation. Vielleicht wird durch diese Gegenüberstellung aber deutlich, welche Hoffnung sich für mich mit dem Netzwerk Friedenssteuer verbindet.

Leider bin ich aus gesundheitlichen Gründen etwas beeinträchtigt, so dass ich mich in diesem Kreis nicht in dem Maße einbringen kann, wie ich es gewünscht hätte. Um so mehr wünsche ich allen, die da mitwirken, viel Ausdauer und Erfolg. *Bernhard Willner, Herzberg*

Kampagnenbericht

Den Zeitplan haben wir bis jetzt nicht ganz einhalten können. Die Hauptursache ist der Personalmangel.

Für die Lobbygespräche z.B. haben sich zwar 11 Menschen gemeldet, aber sie sind noch nicht alle dazu gekommen, Gespräche zu führen, meist arbeitsbedingt. Auch ist es nicht gerade leicht, Termine bei den Abgeordneten zu bekommen. Aber einen der Berichte finden Sie hier unten unter „AG Gesetzesinitiative".

Die Öffentlichkeitsarbeit besteht im Moment vornehmlich darin, ein Video zu erstellen.

Während der Friedensdekade 2007 hat nach unserem Kenntnisstand an keinem Abend eine Darstellung unseres Themas stattgefunden. Hier müsste es doch relativ einfach sein, in den Gemeinden interessierte Menschen zu finden, die froh sind, wenn sich jemand mit einem guten Thema meldet. Und unser Thema IST gut! Für die diesjährige Friedensdekade gibt es nun einen sehr guten neuen Anstoß – s. den anschließenden Artikel von Michael Held.

Wir hoffen sehr auf mehr Aktivitäten aus unserem Umfeld (sprich: von Ihnen), weil mit der Friedensdekade hierfür ein gut nutzbarer, praktischer Rahmen gegeben ist, und wiederholen unseren Aufruf aus der vorigen Ausgabe:

Veranstaltungen

Liebe LeserInnen, wir möchten Sie gerne dazu ermutigen, vor Ort Veranstaltungen zu unserem Thema zu organisieren. Sie können vielleicht Vorträge halten – oder halten lassen; wir stellen gerne Referenten!* – wenn Sie bei Ortsvereinen der DFG-VK (*Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*) **oder anderen Gruppen anknüpfen. Kirchengemeinden, Friedensforen, Sozialforen, Ortsvereine der Parteien – diese stehen öfters Themen ‚von außen' aufgeschlossen gegenüber. Für die Öffentlichkeitsarbeit können Sie Tipps einholen bei Friedrich Heilmann und Gertie Brammer. Im anschließenden Artikel von Michael Held finden Sie eine interessante neue Aktionsmöglichkeit: Theater. Lassen Sie sich inspirieren!**

* Sie bekommenen die Adressen von allen ReferentInnen bei Gertie Brammer oder auf unserer Internetseite (interner Bereich)

Afghanistan: Gemeinsame Kampagne für den Frieden dort

In den letzten 15 Jahren hat sich auf dem Gebiet ‚Gewaltfreie Konfliktarbeit' so viel getan, ebenso in der Entwicklung des internationalen Rechts, dass wir feststellen müssen: Krieg ‚soll' nicht nur ‚nach Gottes Willen' nicht sein (Beschluss der Weltkirchenkonferenz von Amsterdam, 1948 und seitdem immer wieder erneuert, beteuert). Wir können und müssen heute weitergehen: Krieg muss auch nicht mehr sein als ‚letzte Möglichkeit', sich Recht zu verschaffen (falls das jemals so war). Auch nicht in Afghanistan. Krieg ist ein Verbrechen, auch dort. Krieg wird (nur noch) von denen geführt, die sich dem Weg des internationalen Rechts und der gewaltfreien, gerechten Konfliktlösung nicht stellen wollen. Krieg verschlimmert die Konfliktlage, aber liegt im Interesse bestimmter Mächte und ‚Eliten', die damit Geld verdienen und überholte Machtstellungen erhalten oder ausbauen wollen.

Unsere Bundestagsabgeordneten haben über diese Entwicklungen in den letzten 15 Jahren entweder zu wenig Kenntnis oder stehen selber in den Krieg schürenden Diensten - bewusst oder unbewusst.
Um sie aufzuklären bereitet die *Kooperation für den Frieden* eine neue Kampagne vor mit dem Namen ‚Vorrang für Zivil'. Damit wollen die Mitgliedsorganisationen **Lobbyarbeit** unter den Abgeordneten machen – in deren Wahlkreisen. So wie wir auch.

Die **Berliner Compagnie** hat zu dieser Kampagne ein neues Theaterstück geschrieben. Es zeigt diese Zusammenhänge am Beispiel Afghanistan auf. Dieses Stück soll so lange in allen Wahlkreisen Deutschlands aufgeführt und diskutiert werden (als ein Teil der Kampagne), bis die Mehrheit für die Mandatsverlängerung im Bundestag kippt. Auch wir im *Netzwerk Friedenssteuer*, Teil der *Kooperation für den Frieden* und damit auch Unterstützer der Kampagne wollen uns dafür einsetzen, dass dieses Stück an möglichst vielen Orten aufgeführt und diskutiert wird (mit den regionalen Bundestagsabgeordneten und den Schauspielern, dem Publikum...).

Also bitte: Suchen Sie an Ihrem Wohnort oder in Ihrer Region nach Bündnispartnern, mit denen zusammen eine solche Aufführung organisiert und durchgeführt werden kann (Schulen, DFG-VK, Gewerkschaften, attac-Gruppen, Kirchengemeinden, Landfrauen,...).

Michael Held, Bad Hersfeld

Wer dazu Fragen hat, kann sich an info@berlinercompagnie.de oder an Michael Held wenden (s. Kontaktliste auf der letzten Seite).
Beratung und Buchung bei Karin Fries, BC-Tourneeplanung, Schleißheimer Str.89, 80797 München. Tel.089/1298624, Di-Fr 9-13 Uhr
karin-fries@berlinercompagnie.de
www.berlinercompagnie.de.

Zivil-militärische Arbeit aus einer Hand

„Krieg ist die Situation, in der viele Unbekannte einander abschlachten für die Sicherung der Interessen einiger weniger Bekannten."

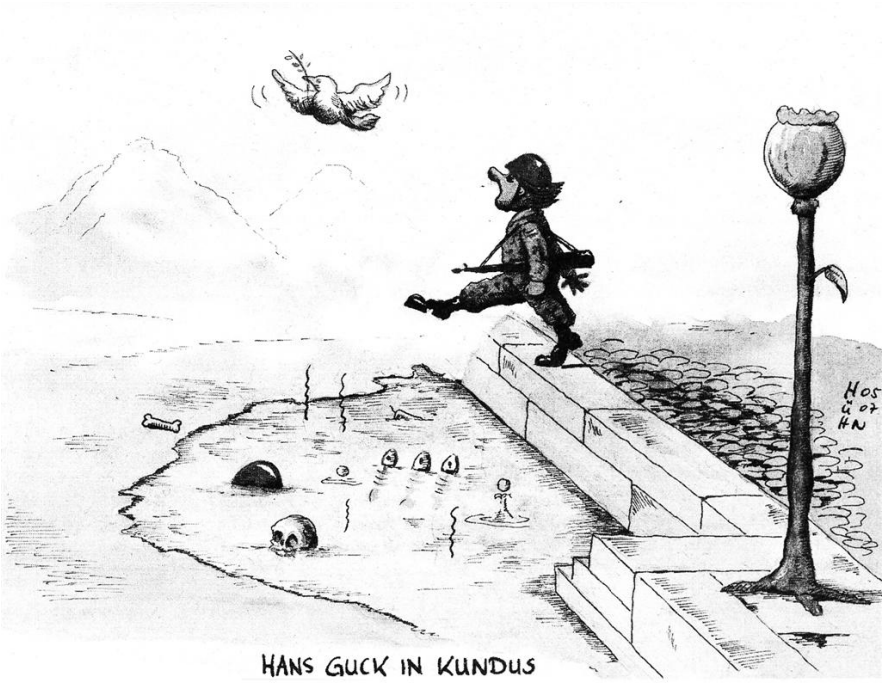
Dwight D. Eisenhower

Klaus Raasch

„Nicht der Ausgangspunkt zählt, nur die Intensität der Existenz, nur die Spannkraft des gelebten Lebens, nur die Ausdauer des Suchens, des Wartens, des Wagens, des Liebens…
Was wäre Widerstand sonst, wenn nicht der Versuch, zurückzukehren durch Umkehr?"

Eugen Drewermann

Afghanistan-Krieg: Friedensbewegung ruft Soldaten zur Verweigerung auf*



Die Kooperation für den Frieden (darunter das Netzwerk Friedenssteuer), zahlreiche weitere Friedensgruppen und Persönlichkeiten aus der Friedensbewegung haben an die Soldaten der Panzerbrigade 21 „Lipperland“ in Augustdorf (bei Detmold) appelliert, den unmittelbar bevorstehenden Einsatz in Afghanistan zu verweigern.

Die Panzerbrigade aus der Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne soll auf Beschluss der Bundesregierung ab 1. Juli eine „Quick Reaction Force“ (QRF) im Norden Afghanistans bilden, die der NATO auch zu offensiven Kampfeinsätzen zur Verfügung steht.

Der Aufruf aus der Friedensbewegung argumentiert mit der engen Verknüpfung des ISAF-Einsatzes mit dem Kampfeinsatz im Süden Afghanistans. Die ISAF-Mission sei in die Gesamtkriegsstrategie eng eingebunden und müsse deshalb als Beihilfe zum völker- und grundgesetzwidrigen OEF-Krieg in Afghanistan gewertet werden. Die Unterscheidung zwischen ISAF und OEF sei inzwischen ein „künstliches Konstrukt, das in der europäischen Öffentlichkeit den Krieg akzeptabel erscheinen lassen soll“. Die ISAF zugeordnete Quick Reaction Force mit den Soldaten aus Augustdorf werde selbst auch zu Kampfeinsätzen benötigt. Die Soldaten sollten deshalb diesen „völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Einsatz“ verweigern.

Jeder Soldat habe das Recht, von seiner Gewissensfreiheit Gebrauch zu machen, wird im Appell unter Berufung auf das Bundesverwaltungsgericht ausgeführt (Pfaff-Urteil von 2005).

Im Falle der Verweigerung bieten die Unterzeichner dieses Aufrufes den SoldatInnen Beratung an.
Die Verfasser des Appells erwarten von den Abgeordneten des Bundestages, der im Herbst anstehenden Verlängerung der Kriegsmandate zu widersprechen. Aber auch die eingesetzten Soldaten müssten eine Gewissensentscheidung treffen.

Wir geben hier nur die Kernsätze des Aufrufes** wieder:

VERWEIGERN SIE DEN KRIEGSEINSATZ IN AFGHANISTAN!

- **Ihr Gewissen ist gefragt.**
- **Dieser Krieg ist in mehrfacher Hinsicht völkerrechtswidrig.**
- **Afghanistan steht am Abgrund – Alternativen sind möglich.**
- **SoldatInnen können diesen Kriegseinsatz verweigern.**
- **Wer Unterstützung oder rechtliche Beratung sucht, nehme Kontakt zu uns auf.**
- **Dieser Aufruf richtet sich nicht nur an die in Augustdorf stationierten SoldatInnen, sondern an alle SoldatInnen der Bundeswehr, die Unterstützungsleistungen für den Afghanistan-Krieg erbringen!**

* Dieser Text wurde leicht gekürzt.
** Den vollständigen Text des Aufrufes finden Sie auf unserer Interentseite unter „Aktuelles“.

Bericht zum Arbeitsteil des Jubiläumstreffens in Rotenburg

und Berichte aus den Arbeitsgruppen

AG Gesetzesinitiative

- Prozesse

Die Klage von Wolf-Dieter Wiebach (s. Bericht in FN38) wurde, wie erwartet, abgewiesen. Auch sah das Finanzgericht keinen Anlass, die Streitsache dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen. Dazu hätten die Voraussetzungen des Art. 100 (1) GG (Verfassungswidrigkeit) vorliegen müssen, was nach Auffassung der Richter nicht der Fall war.

Kurze Zusammenfassung der Entscheidungsbegründung: Ein positives Urteil komme „…auch nicht wegen Gewissenskonflikten in Betracht. Dies gilt selbst dann, wenn der Steuerpflichtige die Ansicht vertritt, die Mittelverwendung erfolge für einen verfassungswidrigen und völkerrechtwidrigen Krieg. Die … Gewissensfreiheit kann eben nicht, wie der Kläger meint, isoliert betrachtet werden, denn sie steht in einem Gesamtzusammenhang des Wertesystems der Verfassung, wonach die Steuern der Finanzierung des Staates durch Haushaltsmittel dienen, über deren Verwendung allein das Parlament durch seine Abgeordnete entscheidet.“ Das BVerfG habe wiederholt ausgeführt, dass eine Gewissensentscheidung, die Organisation und Finanzierung der Verteidigung ablehne, grundsätzlich nicht die Pflicht zur Steuerzahlung berühre. … Der Kläger kann sein Begehren nur im Wege der politischen Einflussnahme Erfolg versprechend weiter verfolgen, nicht jedoch in einem finanzgerichtlichen Verfahren.

- Petition

Hier müssen wir eine schmerzhafte, jedoch lang erwartete Niederlage melden. Die Petition mit gut 12.000 Unterschriften, welche wir Juni 2005 beim damaligen Bundestagspräsident Wolfgang Thierse eingereicht hatten, wurde nun letztendlich vom Petitionsausschuss abgelehnt.

Ein Jahr nach der Einreichung gab uns der Petitionsausschuss eine Stellungnahme des Bundesministeriums der Finanzen zur Kenntnis. Diese Stellungnahme war sehr dürftig und bezog sich auf verschiedene Argumente, die wir gar nicht vorgebracht hatten – schlechte Antworten auf nicht gestellte Forderungen. September 2006 schickte Sepp Rottmayr an Finanzministerium und Petitionsausschuss eine ausführliche, klare, ausgezeichnete Antwort. Daraufhin herrschte Schweigen im Walde. Zwischenzeitliches Nachhaken durch Friedrich Heilmann lief immer auf „Shh“ hinaus: Keine schlafende Hunde wecken! Im März 2008 schließlich kam die Ablehnung durch den Petitionsausschuss und in der Folge auch durch den Bundestag, ohne dass in der Zwischenzeit eine Verständigung möglich gewesen war. Sepp sagt dazu: „Die Antwort ist sehr traurig. Nicht nur wegen des Ergebnisses, sondern wegen der überaus fehlerhaften Begründung eines Gremiums des deutschen Bundestages und des arroganten Schlages der herrschenden Macht gegen die Grundwerte der Demokratie. Fehlerhaft, weil sie in weiten Teilen Sachverhalte unterstellt, die wir gar nicht gefordert oder angezweifelt haben. Falsch, weil alle Begründungen der Logik entbehren. Ein Schlag der herrschenden Macht gegen die Demokratie ist es deshalb, weil gerade dem Parlament die Freiheit abgesprochen wird, ein Zivilsteuergesetz zu verabschieden, weil es mit den „im Grundgesetz verankerten Grundsätzen der Finanzverwaltung der Bundesrepublik Deutschland und der parlamentarischen, repräsentativen Demokratie nicht zu vereinbaren“ sei. Sepp sagt noch mehr dazu; das bleibt intern. Nur noch den Schluss: „Was ich…befriedigend finde ist, dass sich wieder herausgestellt hat, dass nicht nur die ethische sondern auch die juristische Logik auf unserer Seite ist und es schon brillanten JuristInnen und LogikerInnen bedürfte, die Gegenposition anders als machtpolitisch und reaktionär glaubhaft zu machen.“

Wir machen uns jetzt Gedanken: Wie weiter mit den Unterschriften. Mittlerweile sind es insgesamt 14.000. Die sind nicht verloren! Aber ‚einfach weiter so’ wäre fantasielos. Wer einen guten Einfall dazu hat, möge sich bei Gertie Brammer melden. Wird verfolgt!

Gertie Brammer

- Lobbyarbeit

Lina Hoffmann, Brigitte Janus und ich hatten zu dritt einen Termin bei einem Bundestagsabgeordneten aus unserem Wahlkreis. Er hat sich anderthalb Stunden Zeit für unser Anliegen genommen; so konnten wir uns ausführlich äußern. Der Mann war offen, sowohl für überwiegend sachliche (Gewissensfreiheit im GG) als auch für überwiegend emotionale (Söhne im Krieg) Themen.

Wir hatten keinen Gesprächsfaden ausgemacht, so dass wir vom Hundertsten ins Tausendste kamen, was den Vorteil hatte, dass auch ihm immer wieder etwas zu diesem Thema einfiel: Er habe schon von der Friedenssteuer gehört und bei ihm würden wir offene Türen einrennen; er habe Bekannte in Berlin, die er darauf ansetzen werde.

Wenn wir weitere Fragen hätten, könnten wir uns jederzeit an ihn oder an sein Büro wenden. Als Abschiedsgeschenk bekam jede von uns ein kleines GG-Buch mit auf den Weg. Ich war erfreut über meine erste Lobby-Arbeitsstunde.

Doch das Gegenteil einer erfreulichen Atmosphäre holte Lina und mich am 7. März bei einem Gespräch mit einer zweiten MdB ein. Unser schon lange ausgemachter Termin wurde kurzfristig verschoben und als wir dann vor der Bürotür standen, befand sie sich noch in einem Gespräch und die nächsten Personen standen schon hinter uns. Mehr als eine Viertelstunde war nicht drin. Diesmal durfte ich beginnen. Ich fing mit dem Paradox von ‚Frieden und Entwicklung’ und dagegen unsere Steuern (im Schnitt 350 Euro pro Ein

wohner und Jahr) für ‚Waffen und Krieg' an. Es folgte die im GG verankerte Gewähr der Gewissensfreiheit und die Anerkennung des Gewissens von Zivildienstleistenden. Daraufhin unterbrach sie unsere Argumente und meinte, dass sie unser Anliegen schon kenne und was wir nun von ihr wollten. „Dass Sie eine der 35 Bundestagsabgeordneten werden, die unseren Antrag einbringen". Da könnten wir nicht mit ihr rechnen, entgegnete sie, denn das Haushaltsrecht verbiete solche Ausnahmen. Welche Argumente sollten wir noch anführen?! Sie hatte es so eilig, war energisch und kurz angebunden. So ließen wir ihr das neueste Faltblatt da und verabschiedeten uns „bis zum nächsten Mal".

Noch einer dritten MdB hatten wir um einen Termin gebeten; diese hat uns, da sie für den Süden Nürnbergs zuständig war und wir Wählerinnen aus Nürnberg-Nord sind, an ihre Kollegin im Norden verwiesen. Das war die hiervor erwähnte.

Resümee: Wir hatten drei verschiedene Persönlichkeiten angesprochen und die Reaktionen waren entsprechend verschieden, eben wie ‚im richtigen Leben'.

Uta Reimann, Gruppe Nürnberg

Den Lobbyleuten und allen, die sich für unsere Argumente interessieren, empfehlen wir, die Artikel zum Thema ‚Friedensdenkschrift der EKD' zu lesen, insbesondere den Kommentar von Gernot Erler (S. ff). Da kann man verstehen, warum die Regierenden mit sich selbst zufrieden sind in Sachen moderne Sicherheitspolitik…

Für die Lobbyarbeit können wir noch ganz viele Menschen gebrauchen!!! Bitte melden bei Gertie Brammer.

Hier folgt ein Argumenten-Spickzettel von Walter Heiter

Das vorgeschlagene Zivilsteuergesetz …

- verändert nicht die Entscheidungsfreiheit des Bundestags über Militärausgaben.
- lässt weiterhin jede beschlossene Höhe von Militär- und Rüstungsausgaben zu.
- bewirkt die Erfüllung der staatlichen Friedenspflicht aus dem Grundgesetz für die BürgerInnen.
- verändert in keiner Weise das Einkommen des Staates.
- stellt klar heraus: Die Gefahr kriegerischer Willkür ist für das Gewissen einzigartig schlimm.
- bewahrt auch steuerschwache BürgerInnen vor Gewissensnot durch indirekte Steuern (für Rüstung). Die verbleibende Gewissenslast am Kriegselend der Welt ist immer noch groß genug.
- gibt allen nachdenklichen Menschen Anlass zur Gewissensschärfung. Wer dies nicht wünscht, verdient erhöhte Aufmerksamkeit und die Frage nach seinen Motiven.
- trägt dem immer schon klagenden Gewissen Rechnung. Gewissen 'abgeben' oder ersäufen ist nach allen Erfahrungen nicht möglich und kann auch von der Sicherheitslobby und den Besitzinteressen nicht mehr 'überstimmt' werden.
- will den Weg zu mehr Menschenwürde fortsetzen.
- gibt der tieferen Überzeugung aus Gewissensgründen einen Rahmen, weit stärker als den der anderen Überzeugung aus 'gewissen Gründen'.
- beweist die Denkkraft ihrer ErfinderInnen – sie baut auf eine nachhaltige Zukunft.
- ist ein einfaches Regelwerk für den Aufbruch für alle Menschen guten Willens.
- könnte nach und nach auch abgebrühte Kriegsfreunde aufrütteln.
- gibt sogar die Möglichkeit der Zustimmung auf Zeit bei wechselnden politischen Themen und Ereignissen.
- ist eine Entscheidungshilfe für ‚Fortgeschrittene' beim Einkauf von Waren und Dienstleistungen für die Welt von Morgen.
- gibt mehr Lebensqualität durch ein ruhigeres Gewissen.
- sollte von Christen und Humanisten als zielführend erkannt werden.
- ist der Ruck, den eine Welt mit Zukunft braucht.
- ist Basis zur Beendigung vieler politischer Eiertänze zur Rechtfertigung von Kriegseinsätzen.
- entlässt die betenden FriedensfreundInnen aus dem Konflikt: Beten für den Frieden und gleichzeitig bezahlen für den Krieg.
- gibt unseren letztlich entscheidenden Abgeordneten ein hochwertiges Produkt basisdemokratischer Bemühungen an die Hand.
- ist ein Weg aus festgefahrenen Ideologien.
- ermöglicht mehr als den Guten Willen: Die gute Tat.

Erdacht für's Netzwerk von

Walter Heiter, Henfenfeld

AG Öffentlichkeitsarbeit

Pünktlich zur Feier war unser Jubiläums-Faltblatt fertig – ein kleines Wunder, weil unser Fachmann, Marduk Buscher, bei der Arbeit hübsch Fieber hatte. Wir legen zwei Exemplare bei und bitten um Werbung damit! Für die geplante Friedenssteuer-DVD (Länge ca. 8-10 Minuten) haben wir einen Berliner Filmemacher gefunden, der zudem auch am Thema interessiert ist. Zwei Treffen mit ihm fanden statt. In Rotenburg beim 25jährigen Jubiläum und beim Ostermarsch in der FREIenHEIDe hat er Aufnahmen gemacht. Interviews mit Europa- und Bundestagsabgeordneten stehen noch aus. Im Juni wird ein erster Rohschnitt des Videos vorliegen. Wir werden sehen.

Friedrich Heilmann, Erkner

AG Rechtswege

(= offizieller neuer Name für die neue Vb-Mist-Gruppe: Verfassungsbeschwerde Militärsteuer.
Die 10 Kläger selber hören auf den Namen „Mistkäfer“. Der Käfer betreibt ja Mist-Konversion.)

Auf der Jahrestagung haben wir uns am Samstag mit den Schritten zu einer Verfassungsbeschwerde auseinandergesetzt. Günther Lott stellte einige der Friedenssteuerleute vor, die dazu bereits Vorbereitungen treffen.

Jede/r von ihnen legte im Plenum sehr persönlich seine eigene Motivation dar, sich auf diesen Weg zu machen.

Mit großer Sachkompetenz und sorgfältigster Vorbereitung wurden anschließend von Sepp Rottmayr die wichtigsten Bausteine dazu vorgestellt. Er kündigte an, diesen (von allen sehr geschätzten) Vortrag zu gegebener Zeit als Dossier den *Friedenssteuer Nachrichten* beizulegen.

Dem Hören folgte nun eine Zeit des Schweigens, um innezuhalten in der Auseinandersetzung mit den vorgestellten Schritten zur Verfassungsbeschwerde.

„Geld ist wie Mist: Angehäuft stinkt es. Aber über das Land verteilt macht es die Erde fruchtbar.“
Mit diesem russischen Sprichwort eröffnete Katharina Rottmayr anschließend das Plenum. Alle Beiträge wurden wertungsfrei gesammelt; so konnten die Stimmen von Herz und Verstand sich in alle Himmelsrichtungen wenden.
Wie bei jedem nahrhaften Sauerteig wird die Arbeitsgruppe nun die Schritte zu einer Verfassungsbeschwerde weiter „durchkneten“, auf dass sie zu gegebener Stunde aufgehen kann.
Weitere Unterstützer, die sich ebenso auf den Weg zur Verfassungsbeschwerde machen wollen, sind willkommen! *Annette Habert, München*

AG Steuern zu Pflugscharen I

Wir formulieren unsere Erwartungen an die
INTERNATIONALE ÖKUMENISCHE FRIEDENSVERSAMMLUNG (IÖF) 2011

Zum Abschluss der Dekade ‚Gewalt überwinden’ wird im Mai 2011 die IÖF stattfinden (Beschluss der Vollversammlung des Weltkirchenrates in Porto Allegre, Februar 2006). Dort sollen die Ergebnisse der Dekade zusammengetragen und in einem verbindlichen Abschlussdokument beschlossen werden.

Zu welchen Erkenntnissen und Selbstverpflichtungen sind denn nun die Kirchen in der zehnjährigen besonderen Beschäftigung mit dem Thema ‚Gewalt überwinden’ gekommen?? Wie werden sich Christen daraufhin in ihren eigenen vier Wänden, im Alltag, Beruf, in der Wirtschaft und in der Politik verhalten, wie werden sie sich gegenüber der Regierungspolitik ihres Landes im globalen Zusammenhang verhalten? Das muss ausformuliert werden, möglichst klar, kurz, einprägsam, präzise!!

Im Unterschied zu den früheren ökumenischen Versammlungen sollen diesmal die Beschlussvorlagen nicht ‚von oben’ oder von Experten vorformuliert und vorgegeben werden, sondern ‚von unten’, von uns kommen, aus den christlichen Gemeinden.

Als gute Gelegenheit, sich zusammenzusetzen und Beiträge und Erwartungen zu artikulieren, soll die Friedensdekade 9. - 19.11.08 in Deutschland genutzt werden. Das Materialheft der Friedensdekade dazu erscheint nach den Sommerferien (www.friedensdekade.de) und enthält weitere Anregungen. Auch soll nach den Sommerferien ein Dossier von *Publik-Forum* zu diesem Anlass erscheinen.

Wir Aktiven im Netzwerk Friedenssteuer rufen alle LeserInnen der FN auf, sich dafür einzusetzen, dass ihre Gemeinden sich beteiligen und eindeutige Texte an friedenstexte@web.de schicken. Natürlich sind auch Einzelvoten erlaubt und erwünscht. Besser ist es aber, wenn es Ergebnisse aus Gesprächen in den Gemeinden sind. Alle bei der Mail-Adresse eingehenden Vorschläge werden ausgewertet und daraus wird der deutsche Beitrag für die IÖF erarbeitet. Der wird dann auch allen Einsendern mitgeteilt, ehe er an die Mitgliedskirchen des ÖRK 2009 /2010 zur internationalen Abstimmung weitergeleitet wird.

Übrigens: die Kath. Kirche ist bei diesem Verfahren von Anfang an dabei. Alle nicht-christlichen Religionen sind nicht nur zur Versammlung eingeladen, sondern auch gebeten worden, sich bei der Vorbereitung des Abschlussdokumentes einzubringen. So könnte diese Welt-Friedensversammlung - wenn wir diesen kairos nutzen - tatsächlich so etwas werden wie das schon von Bonhoeffer und dann wieder von Carl Friedrich von Weizsäcker geforderte Friedenskonzil, dessen ‚Wort’ ‚die Welt nicht überhören kann’.

Michael Held

(Wer diese Chance nutzen möchte und Fragen hat, kann sich an Michael Held wenden (s. Adressenseite).

Des Weiteren hat die *AG Steuern zu Pflugscharen* sich ausführlich mit der Friedensdenkschrift der EKD beschäftigt, ein Kirchendokument das für die kommenden 10 (?) Jahre Gesprächsgrundlage sein wird. Es gibt drei Artikel zu diesem Thema – viel Text! – die wir als Block für Hintergrundinformation nach hinten verschoben haben. Sie finden sie ab S. 12. Wichtig insbesondere für die Lobbyleute!

Internationales

Vom 5. – 7. September 2008 findet die nächste Internationale Konferenz für Militärsteuer-Verweigerung und Friedenssteuer-Kampagnen an der Universität Manchester/GB statt; voraussichtliche Kosten £150 Sterling (das Pfund Sterling wird im Moment gegenüber dem Euro immer billiger…). Alle Interessierten werden hiermit herzlich eingeladen! Die ausführliche offizielle Einladung, Programm und Angaben für die Anreise finden Sie in deutscher Übersetzung als Anlage. Weitere Informationen unter www.peacetax2008.org.uk oder auf unserer Netzwerk-Internetseite unter ‚Aktuelles'. Wir schicken sie auf Anfrage auch per Post zu.
Zur Teilnahme müssen Sie nicht Insider sein – man wird es automatisch in Manchester!
Auch muss man kein Englisch können – es wird alles auf Deutsch übersetzt.

CPTI
Wegen der Umstrukturierung von der UN-Menschenrechtskommission/MRK zum UN-Menschenrechtsrat/MR und der noch andauernden Klärung der Arbeitsprozesse – auch der Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen – nahm 2007 keine größere CPTI-Gruppe an Sitzungen in Genf teil. Auch steht in absehbarer Zeit weder Kriegsdienstverweigerung noch die Fortschreibung des „Best-practice-report" auf der Tagesordnung. In der derzeitigen Zusammensetzung ist mit keinem Fortschritt gegenüber 1998 zu rechnen. Zur ersten Sitzung gab CPTI eine schriftliche Erklärung ab. Auch zukünftig sind die Teilnahme an Foren von NRO sowie Treffen neben der Hauptsitzung und mit „Sonderberichterstattern" möglich.

Alan Gamble/USA und seine Frau waren im März und April 2007 in Europa. Im März referierte Alan Gamble in Genf über gewissensbedingte Verweigerung vor Nichtregierungsorganisationen, UN-Personal und Diplomaten bei einer Veranstaltung, die CPTI und das UN-Quäker-Büro durchführten – für viele ZuhörerInnen völliges „Neuland". Alans Vortrag ist sehr gut angekommen. Im April kam er dann zur vierten Sitzung des Menschenrechtsrats.

Der 4-Jahres-Bericht von CPTI (2003-2006) blieb gänzlich unkommentiert. Man wird sich im Brüsseler Büro des Weltwirtschaftsrates danach erkundigen; dort ist CPTI akkreditiert.

Das UN-Menschenrechtskomitee
arbeitet unverändert. In diesem Jahr liefert England seinen Bericht. Im Vorfeld ist ein Treffen zwischen Peace Tax Seven und der Sonderberichterstatterin für Religionsfreiheit, Asma Jahangir, nicht gelungen. Nun werden vermehrt Kontakte zu den juristischen Experten dieses Komitees angestrebt.

CPTI will seine zukünftige Arbeit auf Straßburg (Europarat und Europäischer Gerichtshof) oder auf Brüssel (Europäische Union) ausrichten: Derek Brett versucht im laufenden Jahr ein Seminar in Straßburg zu organsieren; in Brüssel sucht Carla Goffi nach Partnern für Lobbyarbeit bei Mitgliedern des Europa-Parlamentes. Das CPTI-Faltblatt in deutscher Sprache wurde im November 2007 auf die Website gestellt (Bitte aus Woltersdorf, Ausführung durch John Randall!); die Website wurde in einem Jahr 8.000 Mal besucht.

Der Vorstand tagte am 4. Januar 2008 in Leuven/B im Haus von Emilia & Dirk Panhuis mit Derek Brett (Repräsentant), Robin Brookes, Angelo Gandolfi, Carla Goffi, Hannelore Morgenstern – zeitweilig in direkter Rücksprache mit Alan Gamble in den USA (via Skype). Alle weitere Arbeit läuft via eMail-Kommunikation.

Forschung zu Gerichtsfällen
Um dieses Projekt voranzubringen, wurde eine Arbeitsgruppe gegründet (legal committee) mit Dan Jenkins, Rosa Packard, Derek Brett, Erik Hummels, John Randall (Website), Robin Brookes, Dirk Panhuis. Von allen nationalen Bewegungen werden die Dokumentationen von Gerichtsfällen dringend erwartet.
Laufende Prozesse führen Dan Jenkins/USA (keine Anhörung vor dem Supreme Court – nächster Schritt: Inter-American Commission for Human Rights), Joan Surroca/E (keine Annahme vor dem höchsten Gericht – möglicher nächster Schritt: Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte), Jan Hellebaut/B und Peace Tax Seven/GB (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte).

Personalien: Neue CPTI-Repräsentanten in New York (im April 2008 ist John Randall gestorben; Rosa Packard kann nicht mehr reisen) sind: Dan Jenkins und Naomi Paz Greenberg, Aktive Militärsteuer-Verweigerin bei den Quäkern in New York. Im Vorjahr wurde kein Newsletter von Derek Brett erstellt; der aktuelle umfasst 14 Seiten und ist zu finden unter:
http://www.cpti.ws/cpti_docs/publ/news/n5_2_08.html.
In Kürze wird auch die deutsche Übersetzung durch Irene Auerbach erwartet. Diese wird auf unserer Internetseite zu finden sein unter „CPTI". Wer sich die Entwicklungs-Zusammenhänge zwischen Kriegsdienst-Verweigerung und Militärsteuer-Verweigerung bewusst machen will, sei dieser Rundbrief sehr empfohlen!

Seit 2004 liefert CPTI durch Derek Brett Länder-Informationen über Kriegsdienstverweigerung an das UN- Menschenrechtskomitee; der Joseph Rowntree

Charitable Trust/GB finanziert deren Erstellung und Übersetzung in drei Sprachen.

Im Januar 2007 reichte die Gruppe Peace Tax Seven/PT7 ihre Klage zur Umwidmung einer Teilsteuer in einen Friedensfonds beim Europäischen Gerichtshof ein – noch keine Reaktion. CPTI hat einen „Amicus brief" – ein sachkundiges Unterstützungsvotum – erstellt.

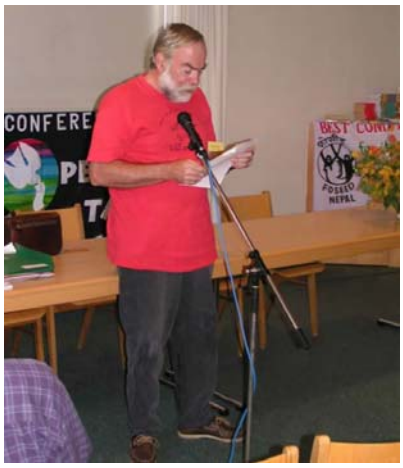
Im Februar 2007 nahmen Robin Brookes/PT7 und CPTI an einem Gedenkgottesdienst für Marian Franz in Washington, an einer Diskussion über Militärsteuer und Gewissen in Pendle Hill, Philadelphia, an einer gerichtlichen Anhörung von Dan Jenkins und eine Quäker Konferenz in New York teil, wo man an einer intensiveren Vernetzung der Verweigernden arbeitet. An den Folgekonferenzen im Juni und September nahmen Alan Gamble, Derek Brett und Robin Brookes teil. 2007 wurden in den USA der ‚Religious Freedom Peace Tax Fund Bill' (April) und in Kanada der ‚Conscientious Objection Act, Bill C-460' (Juni) erneut eingebracht.

Rachel & Derek Brett und Andreas Speck/WRI beteiligten sich in Kolumbien am ‚Tag der Kriegsdienstverweigerer' im Mai. Zwei in der Bewegung aktive Kolumbianer, Lukas Pardoe and Milena Romero, bereisten im November sechs europäische Staaten, darunter Belgien (Brüssel) und die Schweiz (Genf).

Die pakistanische Rechtsanwältin Asma Jahangir, Sonderberichterstatterin für den UN-Menschenrechtsrat wurde im November für zunächst 90 Tage unter Hausarrest gestellt (mit vielen anderen MenschenrechtlerInnen). Daraus wurde dann glücklicherweise ‚nur' eine gute Woche.

Hannelore Morgenstern-Przygoda, Köln

Abschied von John Randall



Uns erreichte die traurige Nachricht, dass John Randall plötzlich gestorben ist.

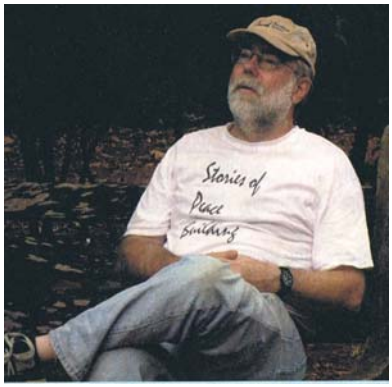
Am 29.04.08 fand ihn seine Tochter Kachina, als sie ihn im elterlichen Haus in Yonkers aufsuchte. Er war allein im Hause, weil seine Frau Nana Fosu Randall (*Voice of African Mothers* und die *Williams School*) gerade an einer Welthandels- und Entwicklungskonferenz in ihrer Heimat Ghana teilnahm. Auch sein Sohn William war nicht in New York.

Wir haben John kennen und schätzen gelernt bei mehreren Internationalen Konferenzen (Brüssel, Woltersdorf). Als Mitglied des *Scarsdale Friends Meeting* in New York (Quäker) hat er Rosa Packard bei ihrer Beschwerde vor dem Supreme Court tatkräftig unterstützt.

Er war einer der Delegierten bei den Vereinten Nationen in New York für *Conscience and Peace Tax International*/CPTI. Der unermüdliche und zielstrebige Einsatz für ein „Peace Tax Bill" im eigenen Land und das Voranbringen entsprechender Gesetze auf internationaler Ebene brachte und hielt uns zusammen.

Mitte Mai wollte er das sich gerade formierende *CPTI legal committee*, die Spezialisten in Sachen Rechtsfälle, in Brüssel leiten.

Weltweit bleibt er noch lange wahrnehmbar durch seine ehrenamtliche Tätigkeit als CPTI-Webmaster. Er baute diese Seite auf und immer wieder modernisierend um, nicht nur in der Absicht, über die Sache zu informieren, sondern auch, um allen Menschen den Zugang zu dieser Website möglich und leicht zu machen. Ein verschmitztes Lächeln ging über sein Gesicht, wenn er das „ws" in der Internetadresse erklärte: Es bedeutet „West Samoa"; nur dort konnte der Findige die Adresse genau so unterbringen, wie er sie haben wollte.



Um das CPTI-Faltblatt in deutscher Sprache perfekt zu formatieren, hat er 16 Versionen erstellt.

Irgendwann überraschte er sogar mit ein paar gut verständlichen Worten in deutscher Sprache, und dann kam heraus, dass er auch eine Unterhaltung in unserer Muttersprache führen konnte. Es freute ihn offensichtlich, wenn wir wieder eines seiner vielen Talente entdeckt hatten. In mancher Sitzung hat dieser sich lang in Schweigen hüllende Mann mit einer unerwartet heiteren oder pointierten Bemerkung für Entspannung und neuen Auftrieb gesorgt. „We have lost a great character", schrieb Robin Brookes – wohl wahr.

Alle seine eMails beendete er mit „As ever, John".

Hannelore Morgenstern-Przygoda

Nana Fosu Randall hat die eMail-Adresse: vam@nanamo.com

AG Steuern zu Pflugscharen II

Evangelische Kirche in Deutschland

„Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“

unter diesem Titel, der auch Programm ist, veröffentlichte die Evangelische Kirche in Deutschland im Oktober 2007 ihre jüngste Friedensdenkschrift.
Weil wir immer noch die Hoffnung haben, dass die EKD sich eines schönen Tages unser Anliegen wieder annehmen wird, folgen hier drei Artikel von Mitgliedern unserer AG Steuern zu Pflugscharen zu dieser Denkschrift.

1. Hannelore Morgenstern (Bildungsreferentin in der Melanchton Akademie Köln) erstellte für uns einen inhaltlichen Überblick und gibt einige Reaktionen aus der (vorwiegend evangelischen) Öffentlichkeit wieder.

Den Auftrag zu dieser neuen Denkschrift (die vorige datiert auf 1981) erteilte die EKD-Synode im November 1999. Sie sollte insbesondere folgende Themen berücksichtigen: Zielkonflikte (z.B. „Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht sein“ und „Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein“), Probleme der eurozentrischen Sicht, ethische Konflikte, Dialog der Kulturen, Rolle der Frauen, neue „NATO-Doktrin“ Dekade „Gewalt überwinden“, militärische Gewalt als Abschreckung.
Die Denkschrift sollte einfache Leitgedanken vertreten und eine dem Evangelium gemäße, friedensethische Orientierung bieten. Diese sollte sich mit konkreten Handlungsoptionen verbinden lassen und sich auch auf Beispiele wie die Kosovo-, Afghanistan- und Irakkriege anwenden lassen (Quelle: Pressekonferenz 24.10.07).

Die Denkschrift gliedert sich nach einer Einleitung in vier Teile. Der 1. Teil (‚Friedensgefährdungen’) analysiert die Ursachen, die derzeit zu einer Gefährdung des politischen Friedens beitragen; neben den sozioökonomischen Problemen werden dabei insbesondere der Zerfall politischer Gemeinschaften (‚Staatsversagen’), die Schwächung des Multilateralismus und kulturelle bzw. religiöse Faktoren behandelt. Der 2. Teil wendet sich dem ‚Friedensbeitrag der Christen und der Kirche’ zu: Wie sie, aus Gottes Frieden lebend, diesen Frieden bezeugen, die Gewissen schützen, für Frieden und Versöhnung arbeiten und vom gerechten Frieden her denken. Der 3. Teil (‚Gerechter Friede durch Recht’) beschreibt die Anforderungen an eine globale Friedensordnung als Rechtsordnung und die Grenzen Recht erhaltenden Gebrauchs militärischer Gewalt. Der 4. Teil schließlich skizziert die ‚politischen Friedensaufgaben’: Die universalen Institutionen müssen gestärkt werden, Europa muss seine Friedensverantwortung wahrnehmen, und es ist notwendig, die Waffenpotenziale abzubauen, hingegen die zivile Konfliktbearbeitung auszubauen (EKD-Pressemitteilung 24.10.07).
Besonders erwähnt sei das Kapitel 2.3 (‚Die Gewissen schützen und beraten’).
Die Friedensdenkschrift geht – wie schon 1997 in der EKD-Veröffentlichung ‚Gewissensentscheidung und Rechtsordnung’ – dezidiert auf die Gewissensfrage ein und wiederholt bekannte Positionen der westlichen Gliedkirchen.
- Die Gewissen zu beraten, zu schärfen und für ihren Schutz einzutreten, gehört zu den elementaren friedensethischen Aufgaben der Kirche (These 56). …
- Das Gewissen ist Hüter der persönlichen Identität und Integrität. ...
- Die unbedingte Achtung des Gewissens, auch gegensätzlicher Gewissensentscheidungen, ist eine unmittelbare Konsequenz der unantastbaren Würde jedes Einzelnen und Grundbedingung jedes friedlichen und toleranten Zusammenlebens (57)
- [sie] ist eine Mindestbedingung für die Legitimität jeder kollektiven Ordnung (58).
- Das christliche Ethos ist grundlegend von der Bereitschaft zum Gewaltverzicht (Mt 5,38ff) und vorrangig von der Option für die Gewaltfreiheit bestimmt. …

- Beide Wege, nicht nur der Waffenverzicht, sondern ebenso der Militärdienst setzen ein Gewissen und voreinander verantwortete Entscheidungen voraus (60).
- In These 61 wird sinngemäß gesagt: Kriegsdienstverweigerer sollen anerkennen, dass Soldaten dem Recht nötigenfalls Durchsetzungskraft geben. … Die evangelische Kirche betrachtet die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen als Menschenrecht und setzt sich dafür ein, es auch im Bereich der Europäischen Union verbindlich zu gewährleisten. Der Text anerkennt als gleichwertig die prinzipiell pazifistische und situationsbezogene Kriegsdienstverweigerung … Auch bei der Ausübung von Waffengewalt ist ein hohes Maß an ethischer Verantwortung gefordert…. Militärdienst ist eine staatsbürgerliche Pflicht, die dem Menschenrecht auf Gewissensfreiheit nicht gleichrangig ist (64). Soldatinnen und Soldaten müsse bewusst bleiben, dass sie verfassungs- und völkerrechtlich für ihre Handlungen individuell verantwortlich sind und die Verantwortung der Vorgesetzten die Untergebenen nicht von ihrer individuellen Verantwortung entbinden; ihnen stehe ein grundgesetzlich geschütztes Befehlsverweigerungsrecht zu (Bezugnahme auf das sog. „Pfaff-Urteil“; These 65).
Totalverweigerung oder Militärsteuerverweigerung werden nicht erwähnt.

Kommentar der AGDF / Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden

Der ehemalige Militärdekan Pfarrer Horst Scheffler, heute AGDF-Vorsitzender, hebt in seinem Kommentar die Forderung hervor: die universalen Institutionen, vor allen die Vereinten Nationen, als Weltorganisation zu stärken. Die weiteren Forderungen heißen: Europas Friedensverantwortung wahrnehmen, Waffenpotentiale abbauen, zivile Konfliktbearbeitung ausbauen und menschliche Sicherheit und Entwicklung verwirklichen. Für ihn erweist sich die Denkschrift als „ein Dokument erfreulich ökumenischen Denkens".

Als wesentliche Aussage sei hervorgehoben: Jeder Gottesdienst kann und soll zum Frieden bilden (S. 36). Gemeint sei nicht Rückzug in den frommen und sakralen Raum. Ganz im Gegenteil: Der Gottesdienst ist der Ort, an dem Christen sich Gottes Frieden versichern, um ihn dann im kleinen und im großen Alltag der Welt in Wort und Tat zu bezeugen.

An drei Beispielen verdeutlicht er die Folgen des Programms dieser Denkschrift:

Das erste gilt dem Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung. Sie sollte zum vorrangigen politischen Handlungsprinzip werden und eine Querschnittsaufgabe im Konzept des gerechten Friedens sein. Hier fügt er hinzu, dass dafür die noch äußert geringen finanziellen Mittel aufgestockt werden müssten.

Das zweite gilt der Bedeutung des Rechts. Das ethische Leitbild des gerechten Friedens ist zu seiner Verwirklichung auf das Recht angewiesen. Im heutigen völkerrechtlichen Kontext wird eine rechtmäßige Autorisierung militärischer Zwangsmittel nur noch als eine internationale Polizeiaktion nach den Regeln der UN-Charta für denkbar gehalten. Er fügt auch hinzu, dass die Denkschrift nicht mehr die Konsequenzen für die Transformation der Bundeswehr diskutiere.

Das dritte gilt der Bewertung atomarer Waffen. Im Kontext der Überlegungen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle wird festgestellt, aus der Sicht evangelischer Friedensethik könne die Drohung mit Nuklearwaffen heute nicht mehr (letzte kursive Hervorhebung im Original) als Mittel legitimer Selbstverteidigung angesehen werden.

Darstellung in der Evangelischen Wochenzeitschrift für Thüringen „Glaube und Heimat"

Die Zeitung geht zunächst auf den Paradigmenwechsel von „gerechtem Krieg" zu „gerechtem Frieden" ein. Sie zitiert Wolfgang Geffe: Das ist eine Abkehr vom jahrhundertealten kriegskulturellen Denken. Das bedeutet keine neue Hinwendung zum Pazifismus.

Sie berichtet von Vertretern der kirchlichen Friedensarbeit in der DDR, die kritisieren, dass kein einziges Mal auf friedensethische Erkenntnisse der DDR-Kirche Bezug genommen wird. Das bedauere ich sehr, sagt Joachim Garstecki, da wäre viel mehr möglich gewesen.

Die politischen Reaktionen vermerkt das Blatt so: Politiker der Parteien CDU/CSU, SPD, Die Grünen und Die Linke haben die EKD-Friedensdenkschrift gelobt. Doch während Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD, die »allzu kritische« Sicht auf die »Transformation der bundesdeutschen Streitkräfte in eine Armee im Einsatz« bemängelt, findet der religionspolitische Sprecher der Linksfraktion, Bodo Ramelow, die Schrift zu undeutlich: »Die Aufforderung zur sofortigen Beendigung aller Teilnahmen an völkerrechtswidrigen Kriegen hätte konsequenterweise ergänzt werden müssen.«

zeitzeichen
Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft

Kommentar eines Theologen

Professor Ulrich Duchrow, Systematische Theologie an der Universität Heidelberg, ordnet zu Beginn seines Kommentars in zeitzeichen 2/2008 Denkschriften als Konsenspapiere mit Kompromissformulierungen ein. Zudem stammten die AutorInnen nur aus einem Land; auch kämen die Perspektiven der weltweiten Christenheit zu kurz. Wären alle Gliederungen der Kirche einbezogen worden, wäre eine klare, prophetische Stellungnahme möglich gewesen. Er weist darauf hin, dass die EKD die Globalisierung grundsätzlich positiv sieht, wogegen der Lutherische und Reformierte Weltbund und der Weltkirchenrat über Jahre kritische Positionen zur ökonomischen Globalisierung erarbeitet und beschlossen haben. Die Friedensdenkschrift der EKD komme sogar zu solch irreführenden Aussagen, mit dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfond (IWF) und der Welthandelsorganisation (WTO) verfüge die Welt über ein Institutionen-Geflecht, das heute in die Lage versetzt werden sollte, die Globalisierung einem menschenwürdigen Leben aller Erdenbewohner dienstbar zu machen. Duchrow dagegen hält diese Institutionen für einen zentralen Bestandteil der Probleme und kreidet der Denkschrift an, dass sie keine ernsthafte politisch-ökonomische Analyse liefere.

Er kritisiert auch, dass die Denkschrift zwar das Risiko radiologischer Waffen, aber nicht die Akteure im Westen erwähne: Dabei waren doch auch deutsche

Truppen im Rahmen der NATO an den Überfällen auf Jugoslawien und Afghanistan beteiligt, bei denen diese Waffen verwendet wurden (und werden).

Dem Stichwort ‚Terrorismus' werde die Denkschrift nicht gerecht; zwar äußere sie vorsichtige Bedenken (Seite 25), erwähne jedoch nicht, dass vielerorts Bewegungen und Kirchenleute liquidiert würden, die sich für einen gerechten Frieden engagieren, so in Kolumbien und auf den Philippinen – zum Teil in direkter Komplizenschaft mit US-Militärs und westlichen Konzernen. Die Verflechtung von Weltwirtschaft und Militär werde zwar zaghaft erwähnt (Seite 27f), aber nicht, dass bereits 2001die USA 725 Militärbasen rund um den Erdball installiert hätten. Die Imperialismusfrage werde ausgeblendet und damit der systemische Charakter des Krieges (Hervorhebung durch die Redaktion).

Die Bibel werde kontextlos zitiert (Seite 37ff). Es fehle jeder Hinweis auf die Auseinandersetzung der Propheten, der Tora, der apokalyptischen Texte des frühen Judentums, der Jesus-Bewegung und der Urchristenheit mit der Akkumulationswirtschaft und den Imperien, von Ägypten bis zum Römischen Reich. Es werde auch nicht reflektiert, dass die Kirche der ersten drei Jahrhunderte eindeutig Jesu gewaltfreiem Kampf für Gerechtigkeit und Frieden folgte. Zwar werde auf die gewaltsame Verbreitung des Christentums hingewiesen – aber nur als Missgriff (Seite 41), nicht als Folge der Anpassung der Kirche an die Macht. Hier kritisiert er auch die fehlende Reflexion über den Missbrauch der Religion für heutige imperiale Gewalt – die Pax Americana – und auch die Menschenrechtsverletzungen Israels.

Duchrow unterstützt die Forderung einer globalen Friedensordnung als Rechtsordnung voll, weil die Denkschrift hierzu sage, dass die mächtigen Wirtschaftsinteressen einer wirksamen internationalen Kontrolle zu unterwerfen (Seite 90) seien; aber auch hierbei fehle die Analyse der Mechanismen dieser Machtinteressen.

Den Abschnitt über ‚Recht erhaltende Gewalt' statt ‚gerechte(n) Krieg' hält Duchrow für zwiespältig. Zwar enthalte er vorsichtige Kritik an der amerikanischen Verteidigungsstrategie,…verschwiegen werde aber die vorgesehene Selbstmandatierung der NATO-Strategie. Konfliktscheu sei die EKD auch bei den ‚Grenzen internationaler bewaffneter Friedensmissionen' (Seite 117ff); weder werde der Begriff problematisiert, noch werden die Akteure benannt.

Duchrow begrüßt, dass das vom UN-Entwicklungshilfeprogramm/UNDP eingeführte Konzept der ‚menschlichen Sicherheit' (Seiten 124 und 184ff) sowie die parlamentarische Verantwortung und die zivilgesellschaftliche Beteiligung an den Entscheidungen (Seite 125ff) in den Mittelpunkt gerückt werden. Realitätsfern sei aber die Beurteilung der ‚EU als Friedensmacht'. Die EKD stelle die EU-Militarisierung nicht in Frage; auch gehe sie weder auf den EU-Reformvertrag noch auf die Verpflichtung zu permanenter Aufrüstung mit Hilfe einer ‚Europäischen Verteidigungsagentur' ein.

Die mit dem Grundsatzpapier zur ‚Neugestaltung der Bundeswehr' eingeleitete grundgesetzwidrige Wende von der Verteidigungsarmee zur imperialen Schutzmacht für Wirtschaftsinteressen habe die Bevölkerung und die EKD verschlafen. Andernfalls müsse die Kirche feststellen: Christen sind bei diesem Stand der Dinge zur Kriegsdienstverweigerung verpflichtet.

Damit liefert Duchrow eine differenzierte und umfassende Kritik der Denkschrift. Er ist Mitbegründer von *Kairos Europa*, einem Netzwerk im ökumenischen Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, das sich unter anderem für gerechtere Wirtschaftsbeziehungen einsetzt (laut Wikipedia).

Kommentar einer Bischöfin

Die hannoversche Bischöfin Dr. Margot Käßmann eröffnete Mitte Februar eine Tagung zur Diskussion über die Friedensdenkschrift von drei ev. Akademien. Dabei sprach sie sich für eine internationale, von den Vereinten Nationen bestimmte Polizei aus. … Der Weg zu einer vernünftigen Weltfriedensordnung sei zu erreichen, wenn Frieden, Recht und Gerechtigkeit als untrennbar zusammengehörig und voneinander abhängig verstanden werden. Damit Frieden wachsen könne, müsse die Zivilgesellschaft aufgebaut werden, unterstrich Käßmann, die auch Präsidentin der Zentralstelle der Kriegsdienstverweigerer ist. Deshalb müsse der Aus- und Aufbau ziviler Friedensdienste gefördert werden. So zeige etwa das Beispiel Afghanistan, dass militärische Mittel unzureichend seien und für die Lösung der Friedensfrage ein friedenspolitisches Gesamtkonzept nötig sei.

Käßmann bewertete es als kritisch, dass die Bundeswehr nun ihre Legitimation durch humanitäre Aufbauarbeit finden soll. Die Bundeswehr sei nicht das Technische Hilfswerk.

Die Bischöfin betonte, die Friedensdenkschrift wolle Anlass zum Denken geben. Sie verfolge aber nicht vorrangig analytische Interessen, sondern sei vielmehr eine Sammlung von Argumenten. Damit diene sie der ethischen Orientierung.

Kommentar der Regierung

Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier erklärte: Ich begrüße sehr, dass die Evangelische Kirche in Deutschland ihr kontinuierliches Engagement für Frieden, Versöhnung und Dialog in Deutschland, Europa und in der Welt mit ihrer heutigen Friedensdenkschrift

auf eine neue Grundlage gestellt hat. Ich bin sicher, dass dieser Text im Wortsinne ‚Denkschrift' sein und über die Evangelische Kirche hinaus Wirkung entfalten wird … (Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes 24.10.07).

Kommentar eines Bundestagsabgeordneten (und Staatsministers)

Die ev. Akademien Berlin, Thüringen und Villigst führten vom 15.-17.02.08 in Berlin eine Diskussion zur Friedensdenkschrift durch. Mit dabei war Staatsminister Gernot Erler. Im Folgenden werden dessen Ausführungen zur Sicherheitspolitik in der EU und in Deutschland in Bezug zur Friedensdenkschrift gekürzt wiedergegeben.

Zunächst berichtete Erler von seiner Reise nach Kenia, wo es nach dem strittigen Ausgang der Präsidentschaftswahlen im letzten Dezember „plötzlich"… „zu sehr energischen Protesten der Opposition und danach zu tragischerweise an ethnischen Linien sich vollziehenden Gewalttaten mit über 1.000 Toten und mit 350.000 bis vielleicht 500.000 - Flüchtlingen bis heute" kam. Den kenianischen Hilferuf nahm Kofi Annan auf. Auf das deutsche Unterstützungsangebot antwortete Annan mit der Bitte, die Details und Mechanismen einer Großen Koalition zu erläutern, da dieses Modell eine Zusammenarbeit zwischen den beiden verfeindeten Lagern unabhängig von der Gültigkeit des Wahlergebnisses einen Ausweg aus der Krise bedeuten könnte". Genau das tat Erler dann vor Ort und stellte fest, dass seine Ausführungen dort große Aufmerksamkeit gefunden hätten. Erler nimmt diese Situation als Beispiel für „einen ganz schnellen Wandel von sicherheitspolitischen Herausforderungen", sowie für die Bedeutung von Globalisierung auch in der Sicherheitspolitik und kommt zu dem Schluss, dass „es im Zeitalter der Globalisierung kein Nah und Fern mehr gibt". … „Und wir haben das Interesse, dass nicht noch mehr Krisen, nicht noch mehr katastrophale Entwicklungen, nicht noch mehr Flüchtlinge auf der Welt entstehen, weil wir uns immer mehr in eine Überforderungssituation hinein bewegen" (Hervorhebung durch die Redaktion).

Dann ging Erler der Frage nach, „wie sich … sicherheitspolitische (also: militärische – Redaktion) Antworten in den letzten Jahren entwickelt haben und wie sie mit dem Aufbau von Fähigkeiten zu politischen Antworten korrelieren". Er erwähnte die Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes und damit ein gefährliches Vakuum für die Zugehörigkeit der Staaten in Ost- und Südost-Europa. In den 90er Jahren habe es als Antwort darauf zwei Prozesse gegeben. Der Positive sei die Perspektive der EU-Erweiterung gewesen. Diese EU-Politik werde in der Denkschrift als ‚epochale Friedensleistung' bezeichnet – „ein zwar drastischer Ausdruck, den ich aber eigentlich nur unterstreichen kann."

Aber leider habe es auch einen negativen Prozess gegeben, der zu vier „schockierenden, blutigen Kriegen auf dem Balkan" geführt habe. „Es war kein Zufall, dass die moderne europäische und auch deutsche Sicherheitspolitik ihren Anfangspunkt 1999 hat, dem Jahr des Kosovokrieges, dem letzten großen Schockerlebnis in diesem Zusammenhang. Zum ersten Mal entschlossen damals die europäischen Staaten, dass sie eine wirksame, eigene Außen- und Sicherheitspolitik brauchten. Das war die Geburtsstunde der ESVP, der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In diesem Jahr gab es die Selbstverpflichtung der EU, sich eigene, sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten aufzubauen."

„Schon 2001 gab es eine erste Herausforderung an diese neuen europäischen Fähigkeiten, als ein fünfter Krieg auf dem Balkan drohte, in Mazedonien. Zum ersten Mal hatte Europa plötzlich etwas anzubieten: einen eigenen Hohen Repräsentanten und Generalsekretär für die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik: Javier Solana. Dieser hat dann dort vermittelt und einen Vertrag ausgearbeitet, der auch heute die Basis für das Zusammenleben in diesem kleinen Balkanland bildet." „Wir haben bisher 16 verschiedene Missionen internationaler Art der EU gehabt und – das überrascht Sie vielleicht – dies passt sehr gut zu den Forderungen der Denkschrift: Davon waren 12 ziviler Natur, 3 militärisch und eine war zivil-militärisch. Also ein deutlicher Überhang der Nachfrage nach zivilen Fähigkeiten an die EU und zwar alles im Sinne von regionaler Prävention, d.h. zur Regelung regionaler Konflikten, um dort präventiv tätig zu werden mit Polizeikräften, mit Rechtsstaatskräften (sprich Militär – Redaktion), mit Verwaltungskräften usw."

Nach dem 11. September 2001 in New York und der UN-Resolution, die besagt, dass diese Angriffe gleichgestellt werden mit einem klassischen Angriffskrieg und der Angegriffene deswegen das Recht zur Selbstverteidigung bekommt, stellte die EU jedoch, im Gegensatz zu den USA, auch die Frage „was eigentlich die Ursachen dieser Rekrutierung von jungen Männern und Frauen für terroristische Akte sind und was wir dagegen unternehmen können" – die Frage nach der Gerechtigkeit in der Welt. Und antwortete mit der „Europäischen Sicherheitsstrategie vom 20. Dezember 2003. Schon der Titel dieser Strategie ist hoch interessant. Er heißt: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Der Titel verweist auf den Grundtenor dieses sehr wichtigen sicherheitspolitischen Dokumentes, was übrigens auch in der Denkschrift gewürdigt wird."

„Dort sind nämlich einige wichtige europäische Prinzipien niedergelegt: z.B., dass es einen Vorrang für Verhandlungslösungen bei allen Konflikten gibt; dass es eine Priorität der Prävention, der vorausschauenden Friedenspolitik gibt, dass eine nachträgliche bewaffnete

Intervention nur als letzte Möglichkeit in Frage kommt; dass man international auf die Vereinten Nationen setzt, auf das Völkerrecht: Stärke des Rechts, statt Recht des Stärkeren; und dass internationale Verträge vor allem Fortschritt bringen müssen und schließlich - und das ist die Korrespondenz zu dem Titel dieses europäischen Dokuments, das verbindlich die Sicherheitsstrategie der Europäer darstellt - dass es notwendig ist, eine bessere Weltordnung zu schaffen, weil nur so Prävention gegen den internationalen Netzwerkterrorismus möglich ist. Es ist notwendig, die Chancen der Dritten Welt und die Verteilungsgerechtigkeit insgesamt zu verbessern." Darin sieht Erler eine große Nähe zum Grundtenor der Denkschrift und fasst zusammen: „Wir haben jetzt Fähigkeiten, vorausschauende Friedenspolitik zu betreiben. Wir haben ein wandelndes Selbstverständnis in der Europäischen Union, die längst aufgehört hat zu sagen: <Wir sind eine glückliche Verbindung von wohlhabenden Ländern und das reicht uns>, sondern die feststellt: <Es gibt keine Grenzen unserer Verantwortung>."

In seinen weiteren Ausführungen gesteht er noch vorhandene Defizite ein. Er betonte den Einsatz der deutschen Ratspräsidentschaft für den Europäischen Verfassungsprozess und dabei auch für einen Hohen Repräsentanten der EU. „Es wird zum ersten Mal einen europäischen diplomatischen Dienst geben, und es wird auch eine arbeitsfähige Struktur an der Spitze der EU geben mit einem dann zweieinhalb Jahre am Stück amtierenden Ratspräsidenten."

Als Lektionen, die Deutschland nach 1999 gelernt habe, zählte er auf: das ZIF, das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, das internationalen Friedensfachleute und vor allen Dingen auch Wahlbeobachter ausbilde; sodann – auch von der Denkschrift bemerkt – den Beauftragten für Prävention (1998), den Entwicklungsprozess eines so genannten ‚Aktionsplanes' für zivile Krisenprävention, Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung (2004). „Es gibt besondere Anstrengungen in der Bundesregierung seit 1998, aber ganz besonders seit 2004, das umzusetzen, was in der europäischen Strategie Priorisierung von Prävention, von vorausschauender Friedenspolitik genannt wird." Schließlich sei in Deutschland die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit und der Entwicklungshilfe gestiegen und deren Etat – im Gegensatz zu anderen Ressorts – nicht gekürzt worden; allerdings liege sie auch noch nicht bei den angestrebten 0,7 % vom BIP (Brutto Inlandsprodukt).

Erler schloss mit dem Appell: „Ich glaube, dass in vielen Punkten die praktische Politik zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommt wie die Denkschrift, aber dass es zu wenig Kommunikation gibt. Ich finde, man sollte versuchen diese zu verstärken. Ich kann aus diesem Text sehr vieles lesen oder sogar sehr vieles nun besser begründen, was ich genauso für mich selbst entschieden habe und was ich genauso unterstützen kann in der Politik. Es ist gut, dass man noch besser fundierte, auch ethische Begründungen findet für ein Handeln, das man selbst für richtig erkannt hat. Das ist eine echte Unterstützung. Aber ich finde, dass sich die EKD gerade auch an den Schnittstellen, z.B. bei den Beiträgen von Fachleuten aus der Zivilgesellschaft zum Aktionsplan, noch besser auf der Grundlage dieser Aussagen einbringen könnte."

Hannelore Morgenstern-Przygoda, Köln

2. Wolfgang Geffe (Friedensbeauftragter der Mitteldeutschen Kirche) setzt als Mitglied von Steuern zu Pflugscharen auf die positiven Impulse, die von der Denkschrift ausgehen.

Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten (S. 124) – diese Aussage kann als Leitsatz über der Denkschrift stehen und deutet auf die längst fällige Abkehr vom kriegskulturellen Denken hin. Es gilt eben nicht mehr: Wenn Du den Frieden willst, bereite den Krieg vor. Ich habe danach gesucht, wo diese Position sich auch an anderen Stellen in der Denkschrift findet.

Dabei bin ich auf folgende Zitate gestoßen, die nicht in ihrem Zusammenhang erläutert werden können und die sehr verschiedene Aspekte der Sicherheits- und Militärpolitik betreffen.

Die Brisanz, die darin steckt, diese Aussagen tatsächlich ernst zunehmen, sie umzusetzen, sie in der Öffentlichkeit zu vertreten, die Politik daran zu messen etc. wird sich schnell erschließen.

- Die Neuausrichtung der Bundeswehr vorwiegend auf Auslandseinsätzen wirft viele ernsthafte Fragen auf… Der Verdacht, es gehe bei Auslandseinsätzen vor allem ums „Dabeisein" oder um bündniskonformes Verhalten bzw. die Außenpolitik, greife aus Ratlosigkeit zum militärischen Instrument… (S. 95)
- Zugang zu strategischen Ressourcen ist nicht durch militärische Eingreifoptionen zu sichern. (S. 23)
- Die Glaubwürdigkeit friedenspolitischer Deklarationen der Industrieländer, auch der Bundesrepublik Deutschland, erweist sich beim Thema Rohstoffe. (S. 121)

- Auch die Herausforderung durch den modernen Internationalen Terrorismus rechtfertigt keine Wiederbelebung der Lehre vom gerechten Krieg. (S. 9)
- Militärdienst ist eine staatsbürgerliche Pflicht, die dem Menschenrecht auf Gewissensfreiheit ethisch nicht gleichrangig ist. (S. 44)
- Zu den zentralen Aufgaben der ev. Soldatenseelsorge gehört die Schärfung und Beratung der Gewissen im Sinn der friedensethischen Urteilsbildung der Kirche.

Das bedeutet, dass die ev. Soldatenseelsorge sich keinesfalls unkritisch mit konkreten sicherheitspol. Vorgaben, militärstrategischen Doktrinen oder gruppenspezifischen Mentalitäten identifizieren darf... (S. 45)
-Es kann nicht davon die Rede sein, dass sich die politische Gesamtausrichtung von der Perspektive der zivilen Konfliktbearbeitung leiten lässt. (S. 113)
- Die Konzepte „Menschliche Sicherheit“ und „Menschliche Entwicklung“ geben Anlass zu differenzierenden Fragen wie: Wessen Sicherheit und wessen Entwicklung werden gefördert bzw. ignoriert? Werden gleichermaßen Belange des Südens und des Nordens, der Frauen und der Männer, der Menschen in verschiedenen Schichten und Lebenslagen berücksichtigt (auch hierzulande)? Nur wenn solche Fragen ernsthaft gestellt und beantwortet werden, ist jenes Maß an Weitblick und Beharrlichkeit gegeben, das friedenspolitisch geboten ist. (S. 118)
- Ohne Beachtung der Interessen der je Anderen können sich Vertrauen und Zusammenarbeit nicht entwickeln. Daher dürfen Sicherheitsvorkehrungen im Interesse eines Landes – insbesondere militärische – nicht an die Stelle kooperativer Bemühungen um Frieden treten. (S. 125)

In der Regionalgruppe von „Steuern zu Pflugscharen“ haben wir über mögliche Bezüge der Denkschrift zur Kriegssteuerverweigerung gesprochen und sehen diese hauptsächlich im Abschnitt 62, aus dem noch zitiert werden soll: Als Menschen- und Grundrecht besitzt die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen Vorrang auch gegenüber demokratisch legitimierten Maßnahmen militärischer Friedenssicherung oder internationaler Rechtsdurchsetzung… Der gesetzliche Schutz der gewissensbestimmten Kriegsdienstveweigerung ist nicht auf die Position des prinzipiellen Pazifismus zu beschränken; er muss auch die situationsbezogene Kriegsdienstverweigerung umfassen…“ (S. 43)

Unter Einbeziehung der Passagen der Denkschrift zur Kriegsdienstverweigerung könnte das Gespräch mit den Kirchenleitungen über konkrete Möglichkeiten der Kriegssteuerverweigerung eventuell noch mal neu aufgenommen werden. Ich bitte um Verständnis, dass dieser kurze Beitrag eine kritische Betrachtung vieler Stellen der Denkschrift und einiger Grundannahmen, auf deren Basis diese Schrift entstanden ist, nicht leistet. Es ging mir darum, zu zeigen, dass die Denkschrift Aussagen enthält, die für die Friedensarbeit genutzt werden können und ich wünsche uns allen, dass es auch gelingt, dies zu tun.

Wolfgang Geffe, Erfurt

3. Friedrich Heilmann saß als Vorsitzender des Netzwerk Friedenssteuer bei der Gesamtkonferenz Evangelischer Militärgeistlicher auf dem Podium und berichtet aus diesem Praxis-Bereich. Thema „Umstrittener gerechter Friede. Ist das neue Leitbild tragfähig?"

Am 15. April 2008 fand unter Leitung von Militärdekan Dr. Dirck Ackermann, als Referatsleiter im EKA (Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr) zuständig für Theologische Grundsatzangelegenheiten, im Rahmen der Gesamtkonferenz Evangelischer Militärgeistlicher in Potsdam eine Podiumsdiskussion zum statt. Weitere Teilnehmer:

- Dr. Karl-Reinhart Trauner, Militärsenior bei der Evangelischen Militärsuperintendentur in Wien
- Dr. Michael Haspel, Direktor der Evangelischen Akademie Thüringen in Neudietendorf und dort Studienleiter für Theologie, Geschichte, Arbeit, Wirtschaft und Politik
- LtdWissDir i. K. Lothar Bendel, Leiter des Referates für Theologische Grundsatz-Angelegenheiten beim KMBA (Katholische Militärbischofsamt) in Berlin.

Als ich die Einladung zu diesem Podium erhielt (Sept. 2007), war die Denkschrift noch nicht erschienen. Aber schon die Vortexte, die ich angefordert hatte, waren viel versprechend. Die theologische Grundlegung wies m.E. die deutliche Handschrift für einen echten, einen gerechten Frieden aus. Daher habe ich dann zugesagt, zu dieser vergleichsweise konträren Veranstaltung zu gehen.

Mein Eingangsstatement habe ich eröffnet mit einem Lutherzitat: „*Unser ganzes Handeln ist Bekenntnis*". Damit wollte ich in gerader Linie zu der biblischen Grundlage kommen, die ja unser Bekenntnis ist und unser Handeln bestimmen sollte. Der Widerspruch in der Denkschrift liegt an der Stelle, wie sich im Laufe der Diskussion herausstellte. Der Titel der Denkschrift und die theologische Grundlegung folgen der Systematik „gerechter Frieden“. Beim Praxisteil, wenn es um Militäreinsätze geht, ist die alte Logik vom „gerechten Krieg“ nach wie vor maßgebend. „Vom Frieden her denken und nicht vom Krieg her“ war dann auch mein Schlussvotum.

Insgesamt war die Diskussion seltsam emotionslos, auf fast keinen Beitrag vom Podium gab es Beifall o.ä., es wurde einfach zugehört. Die einzige Reaktion mit leichtem Murren oder körperlichem Wegdrehen gab es, als ich den Namen Florian Pfaff nannte im Zusammenhang "innere Führung" und "Gewissen". Aber es gab keine Wortmeldung daraufhin.

Ob sich der „Ausflug“ ins ungewohnte Terrain gelohnt hat oder überhaupt sinnvoll war, weiß ich nicht. Für das Bekannt werden unseres Themas war es sicher gut, meinungsbildend in unserem Sinne unter den Teilnehmenden war es wahrscheinlich nicht.

Friedrich Heilmann, Erkner

Zwei Pressemeldungen über die Militärseelsorgetagung incl. Podiumsdiskussion sind mir bekannt geworden. Im „IDEA-Spektrum“ wird in einem halbseitigen Artikel über die Tagung berichtet. Ein Absatz beschäftigt sich mit der Podiumsdiskussion:

IDEA:
„Lieber in zivile Friedensprozesse investieren
in einer Podiumsdiskussion plädierte der frühere Grünen-Abgeordnete und jetzige Vorsitzende des „Netzwerks Friedenssteuer“, Friedrich Heilmann (Erkner bei Berlin) dafür, Auslandseinsätze der Bundeswehr abzuschaffen. Stattdessen solle man lieber in zivile Friedensprojekte investieren. Es sei unverhältnismäßig, dass für die Bundeswehr jedes Jahr 25 Milliarden Euro zur Verfügung stünden, für zivile Friedensdienste aber nur 25 Millionen, so Heilmann. Militärgeneraldekan Peter Brandt (Berlin) sprach von großem Vertrauen, das die Militärseelsorger gerade bei konfessionslosen Soldaten genießen.“

Im Pressebericht des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr heißt es:

- Haspel betonte zu Beginn der Diskussion, dass die Friedensdenkschrift ein Leitbild darstelle, und kritisierte, dass die konzeptionelle Ebene fehle: „Kriterien für Entscheidungen hätten genannt werden sollen".
- Heilmann begann mit dem Luther-Zitat „Unser ganzes Handeln ist Bekenntnis" und lobte die Schrift als „denkwürdigen Ansatz". Hierbei hob er insbesondere das Kapitel über den „Friedensbeitrag der Christen und der Kirche" hervor. Die Denkschrift sei ein „guter Schritt in die richtige Richtung".
- Trauner lobte aus internationaler Sicht ebenfalls die Denkschrift als eine Anregung, welche wesentliche Impulse setzen kann für eine Diskussion in der eigenen Kirche und Militärseelsorge. Zugleich gab er zu bedenken, dass das Durcharbeiten des Textes ein „harter Brocken" sei, dessen Inhalt nun auf die praktische Arbeit herunterzubrechen sei. Kritisch merkte er den Begriff des „Kriegsdienstes" an, welcher häufig in der Denkschrift zu verzeichnen sei und den völlig unterschiedlichen Aspekten militärischen Handelns nicht gerecht würde.
- Bendel betonte die ökumenische Verbundenheit in Fragen der Friedensethik. Dabei sei das Leitbild des gerechten Friedens der spezifisch deutsche Beitrag in der internationalen sicherheitspolitischen Diskussion.
- Haspel forderte in seinem Statement „klare Kriterien für Bundeswehreinsätze" (in der Denkschrift, F.H.), welche nicht den Einzelfall regeln, jedoch Rahmenbedingungen bieten sollen. Die politische Dimension des Internationalen Rechts wird seiner Ansicht nach überschätzt, ebenso die operative Fähigkeit der Vereinten Nationen (UN). „Erwartungen an die UN werden in den nächsten 50 Jahren nicht erfüllt sein". Auch Trauner forderte solche Kriterien, welche nach seinem Verständnis „aus theologisch-theoretischen Überlegungen herausfließen" müssen.

Auch die Teilnehmer der Gesamtkonferenz beteiligten sich an der Diskussion. Hierbei wurden unter anderem qualitative Unterschiede zwischen den Begriffen „gerechter Friede" bzw. „gerechter Krieg" sowie Kriterien einer Ethik rechtserhaltender Gewalt beleuchtet.“

„Aus Gottes Frieden leben –
für gerechten Frieden sorgen“
Der 128 Seiten umfassende Text ist als Taschenbuch erschienen und für 5,95 Euro im Buchhandel (ISBN 978-3-579-02387-8) zu beziehen.

Als Anfang dieses Jahres der Amerikanische Verteidigungsminister die Bundesregierung aufforderte, Soldaten mit „Kampfauftrag“ auch in den unruhigen Süden Afghanistans zu entsenden, schrieb Stefan Buchenau in der März-Nummer von *ZERO* (Monatsblatt der Region Wendland), dass dies zwar nicht schön sei, aber folgerichtig, weil ‚ein bisschen Krieg’ ebenso wenig zu haben sei wie ‚ein bisschen schwanger’. Wir sollten darauf vorbereitet sein, demnächst auch gleichberechtigt an den weltweiten Gemetzeln beteiligt zu sein. Doch dafür fehle es in diesem unserem Land noch an allen Ecken und Enden. Zur Einstimmung schrieb Buchenau daher einen „Vorschlag zur Volksgesundheit“, den wir mit seiner Zustimmung hier wiedergeben. Achtung: Kabarett.

GLADIATOR

Von Karl Kraus, dem Wiener Maulhelden, der mit Worten schneller schoss als sein Schatten, stammt der Satz: „Früher standen die Menschen sich näher, die Waffen trugen noch nicht so weit!“ Wie war das gemeint? Als Witz? Karl Kraus hat keine Witze gemacht. Aber was wollte er sagen? Vielleicht dies: Früher mussten sich die Menschen nahe treten, um sich zu töten. Mindestens so nah, wie ein Pfeil halbwegs gezielt flog, also etwa 50 Meter. Dolche, Schwerter, Äxte und Keulen erforderten sogar Körperkontakt. Man roch den Gegner, sein Blut spritzte einem aufs Hemd, man hörte sein Stöhnen. Noch inniger ging und geht es beim Erwürgen zu, eine tödliche Umarmung gewissermaßen, Herz an Herz bis zum letzten Röcheln vereint. Tod und Töten war einst ein sehr persönlicher, ein intimer Vorgang, fast wie ein Liebesakt. Dazu kam die körperliche Anspannung, die postmortale Erschöpfung. Töten war Arbeit, schwere Arbeit, auch körperlich schwere Arbeit.

Heute dagegen wird auf Distanz, im Anzug, per Knopfdruck und via Display getötet und gestorben. Bomben fliegen aus Flugzeugen, Raketen werden von U-Booten abgefeuert, Präzisionsgewehre, Artillerie, Landminen – zwischen dem Getöteten und seinem Mörder entsteht keinerlei Kontakt oder gar Beziehung mehr.

Kehrte in früheren Zeiten ein Ritter nach der Schlacht heim, so wusste er zumindest, was er wem angetan hatte. Ein Pilot oder Kanonier in heutigen Kriegen dagegen tötet zwar massenhaft, wesentlich effektiver, aber anonym, beziehungslos. Trotzdem schwitzt er und steht unter buchstäblich mörderischem Stress, schon weil auch die Gegner imstande sind, ihn mitsamt seinem Tötungsgerät abzuschießen. Aber wenn er nach dem Einsatz völlig ausgepumpt in seinen Unterstand kriecht, hat er keine Ahnung, was er geleistet und angerichtet hat.

Diese Entfremdung, diese Abkopplung von den Grundfragen nicht nur seiner eigenen Existenz, macht krank. Und die Entfremdung schreitet fort, greift auf andere Lebensbereiche über und entwurzelt irgendwann den ganzen Menschen. Er ist nicht mehr als eine tödliche Maschine – seine Gefühle und irgendwann seine ganze Person haben keinen Platz mehr.

Nun gibt es immer wieder lobenswerte Versuche, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. So gehen etwa Selbstmordattentäter mit Sprengstoffgürteln ganz nahe an die Menschen heran, bevor sie sie töten. Ebenso treten nichtmilitärische, also Individualmörder, die aus Habgier oder sexuellen Motiven agieren, in engsten Kontakt zu ihren Opfern. Auch Folterknechte haben, im Rahmen ihrer kunstvollen Tätigkeit, immer einen sehr direkten Draht zu den Adressaten ihrer Arbeit.

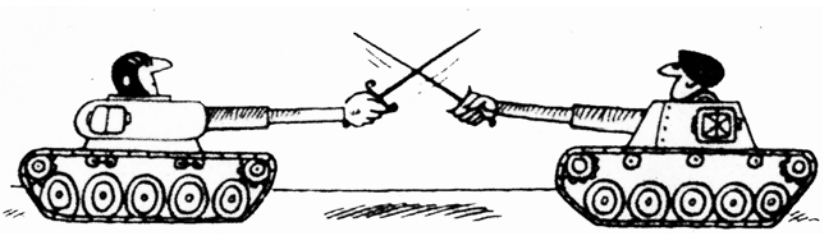
Doch sie alle sind, gegenüber den normalen Soldaten, privilegiert. Und das kann, das darf eine Gesellschaft, die sich zunehmend wieder an Kriege gewöhnen muss, nicht hinnehmen. Man denke nur an die Folgekosten, zum Beispiel durch Einzelbetreuung im Rahmen der psychosozialen Nachsorge. Versetzen Sie sich einmal in die Lage eines Bomberpiloten! Da hat er präzise ein paar Städte und gegnerische Stellungen in Schutt und Asche gelegt, aber keinen der Bewohner oder Verteidiger persönlich kennen gelernt! Alle seine Toten bleiben gesichts- und namenlos – genau wie er, ihr Mörder, für sie gesichts- und namenlos blieb. Das ist für alle beteiligten eine unpersönliche, eine zutiefst unmenschliche und unbefriedigende Situation, die niemanden unbeschädigt zurücklässt.

Dabei muss uns allen, auch und gerade in Zeiten der Globalisierung und knapper Kassen, eines klar sein: Wir können es uns auf die Dauer nicht leisten, unsere fähigsten Massenmörder in nur ein, zwei Einsätzen zu verschleißen. Die Ausbildung dieser Leute hat so viel Zeit und Geld gekostet – das wirft man doch nicht so einfach fort. Daher also unser Programm „Gladiator für alle!“. Denn so wie jemand, der jahrelang bei Mercedes arbeitet, irgendwann auch mal einen fahren will, so will der, der tausendfach tötet, irgendwann auch mal Blut sehen.

Das kann er bei uns. Wir lassen Sie mit bloßen Fäusten aufeinander los, auch mit Messern oder Keulen – ganz nach Wunsch. Alles ist erlaubt – außer natürlich Distanzwaffen. Sicher gibt es dabei schwere Verletzungen oder gar Tote, aber keine Sorge: alle Teilnehmer unterschreiben vorher, das sie sich über die möglichen Folgen im Klaren sind und auf jegliche gegenseitige Regressansprüche verzichten.

Natürlich werden die Kämpfe ein Publikumsrenner; mögliche Einnahmen sind, auch ohne Fernsehrechte, kaum zu überschätzen. Ein Prozent der Einnahmen überweisen wir an „Unicef“. Dennoch wird es auch Verluste geben, auf Dauer Kampfunfähige genau wie die schon erwähnten Toten. Doch diese Verluste werden sich in Grenzen halten, und ganz gewiss niedriger sein als die jetzigen Ausfälle durch psychiatrische Gutachten.

Manche werden das für einen Rückfall in die Barbarei halten. Aber ist der derzeitige Zustand humaner? Er ist es nicht. Aber er ist auf jeden Fall ineffektiver und nicht zuletzt teurer. Und der mögliche Vorwurf, unser Befriedigungsbeschaffungsprogramm sei nichts anderes als das altrömische „Brot und Spiele“ ist schon damit zu entkräften, dass das Brot immer weniger ausreicht.



Ich meine, die Verantwortlichen sollten die Einwände von verlogenen Moralaposteln beiseite wischen und endlich handeln. Wir brauchen Gladiatorenkämpfe. Soviel sollte uns die seelische Gesundheit unserer Soldaten wert sein.

Stefan Buchenau, Clenze

Kabarett – Überspitzung der Realität. Oftmals wissen wir gar nicht, wie spitz die Realität selber ist.
Gerade erreichte uns ein Bericht von Wolfgang Hertle, einem gut informierten Mann der *War Resisters International*/WRI. Das US-Department of Veteran Affairs hat öffentlich zugeben müssen, dass pro Tag 18 Veteranen sich das Leben nehmen. Das sind 6.570 im Jahr. Pro Monat gibt es unter den insgesamt 1,7 Mio. US-Soldaten, die in Irak oder Afghanistan gekämpft haben, mehr Selbstmorde als es Soldaten gibt, die im Kampfeinsatz in Übersee das Leben verlieren. Dazu kommen noch ca. 1.000 Selbstmordversuche pro Monat unter den Veteranen, die unter psychotherapeutischer oder psychiatrischer Behandlung sind. Diese Informationen müssen den deutschen Soldaten und der Öffentlichkeit zugeführt werden!

Die Redaktion

Netzwerk Adressen

Region Ost:

Gerlinde u. Martin Rambow
Wilhelm-Bode-Str. 30
99425 Weimar
Tel: 03643 - 741687
Fax: 03643 - 741688
rambow-weimar@web.de

Christel Spenn
Immermannstr. 27
39108 Magdeburg
Tel: 0391 - 258965
christel.spenn@web.de

Region Berlin / Nordost:

Gisela Lattmann-Kieser
Heinz-Bartsch-Str. 5
10407 Berlin
Tel: 030 - 4251860
gisela-lmk@web.de

Else Tonke
Stavanger Str. 5
10439 Berlin
Tel: 030 - 4444379
Fax: 030 - 44339133
elsetonke@gmx.de

Region Nord:

Dedo von Krosigk
Birkenstr. 32
30171 Hannover
Tel: 0511 - 801696
Fax: 0511 - 5194881
dedo.krosigk@web.de

Gudrun Rehmann
Brahmsstr. 11
32756 Detmold
Tel: 05231 – 31231
von 12:30 – 13.00 h

Ilse Staude
Goethestr. 12
35460 Staufenberg
Tel: 06406 - 4194
Fax: 06406 - 905845
fam-staude@web.de

Region West:

Ute u. Robert Antoch
Alte Landstr. 32
40489 Düsseldorf
Tel: 0211 - 403986
Fax: 0211 - 404723
uantoch@gmx.de

Region Südwest:

Günther Lott
Hauptstr. 1a
69231 Rauenberg
Tel: 06222 - 62741
Fax: 06222 - 3079731
faxistbesser@freenet.de

Christa& Klaus Martin Voigt
Im Laimacker 20
79249 Merzhausen
Tel: 0761 - 404940
Fax: 0761 - 4001263
voigtnews@onlinehome.de

Region Bayern:

Katharina Rottmayr
Ruppertstr. 16
80337 München
Tel: 089 - 7259416
Fax: 089 - 45991522 d
k.rottmayr@igmuc.de

Dr. Brigitte Janus
Krelingstr. 10
90408 Nürnberg
Tel: 0911 - 353237
Fax: 0911 - 269851
b.janus@arcor.de

Hans-Günther Schramm
Zum Stiegelfeld 5
90411 Nürnberg
Tel: 0911 - 5215210
Fax: 0911 - 2142153

Lina Hoffmann
Olivenweg 36
90441 Nürnberg
Tel: 0911 – 662993
Fax: 0911 – 269851
lina-helmut.hoffmann@t-online.de

Stand 22.5.08

AG Gesetzesinitiative & Lobbyarbeit

Gertie Brammer
Schützenweg 5
29481 Karwitz-Lenzen
Tel: 05861 - 985742
g.bram@freenet.de

NEU

AG Steuern zu Pflugscharen

Gerlinde Rambow
Wilhelm-Bode-Str. 30
99425 Weimar
Tel: 03643 - 741687
Fax: 03643 - 741688
rambow-weimar@web.de

Internationales

Hannelore Morgenstern-Przygoda
Jesuitengasse 39a
50735 Köln
Tel: 0221 – 743496
Fax: 0221 – 3382171
hannelore.morgenstern@gmx.de

Vernetzung

Michael Held
Simon-Haune-Str. 15
36251 Bad Hersfeld
Tel: 06621 – 620186
Fax: 06621 – 65645
a-p-s@gmx.de

AG Öffentlichkeitsarbeit & Materialversand

Friedrich Heilmann
Seestr. 21
15537 Erkner
Tel: 03362:503071
Fax: 03362-27491
heilmann@netzwerk-friedenssteuer.de

Geschäftsführerin

Katharina Rottmayr
Eduard-Schmid-Str. 26
81541 München
Tel: 089 - 659253
Fax: 089 - 62421431
k.rottmayr@igmuc.de

Vorstand des e.V.: Friedrich Heilmann, Hannelore Morgenstern-Przygoda, Katharina Rottmayr

Spenden an das Netzwerk Friedenssteuer e.V.:
KontoNr. 70 016 016 00, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67.
Bei allen Spenden unbedingt den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben! Spendenquittungen werden in der Regel am Anfang des nächsten Jahres verschickt.
Ab 10,-- Euro Spenden pro Jahr bekommen Sie die Friedenssteuer-Nachrichten 2x pro Jahr zugeschickt.

Sperrkonto RA Kierig & Becker: Konto 804 309 31 00, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67
Transparent- und Plakatverleih: Gudrun Rehmann (s. links), Tel. am besten zwischen 12.30-13.00 Uhr.

Bestellung der Friedenssteuer-Nachrichten und Adressenänderungen: Katharina Rottmayr (s. oben).

Internet: www.netzwerk-friedenssteuer.de **eMail: info@netzwerk-friedenssteuer.de**

Herzliche Bitte an alle NetzwerkerInnen, die über eine E-Mail Adresse verfügen: Sofern nicht schon geschehen, schickt bitte eine Mail zwecks Aufnahme in den E-Mail-Verteiler für Kurz- und Schnell-Informationen. Diese Mails kommen immer dann, wenn es neue und hilfreiche Dinge für unsere Arbeit gibt. Bitte Nachricht an: heilmann@netzwerk-friedenssteuer.de

Und bitte immer mal unsere Internetseite www.netzwerk-friedenssteuer.de oder www.friedenssteuer.de besuchen und sich dort anmelden für die internen Seiten. Wünsche und Ideen für die Weiterentwicklung sind jederzeit herzlich Willkommen!